

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Zur Postbezugs. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabends. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Mai 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Vergütungsinferale usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 55

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Anno 1873: Kampfesende und Siegestunde; Nach fünf- und zwanzig Jahren; Gewerkschaftliche Statistik vor vierzig Jahren. — Zur Generalversammlung: Keine Beitragserhöhung; Ein anderer Friedensvorschlag.
Gewerkschaftsrevue: Abschluß der Tarifbewegung im Baugewerbe und die Stellungnahme der Verbände.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Unfallversicherung; Krankenversicherung.
Korrespondenzen: Berlin. — Berlin (M.-S.). — Frankfurt a. M. — Freiburg i. Br. (M.-S.). — Gelsenkirchen. — Glauchau. — Leipzig (E. B.). — Mainz. — Mannheim. — Mannheim (St.). — Markt-neutkirchen. — München (St.). — Nürnberg (M.-M.). — Rudolfsbad. — Siegen.
Rundschau: Freigabe des dritten Pfingstfeiertags. — Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. — Fahr- radhändler als Feinde der Konsumgenossenschaften. — Gedämpfte Unternehmungslust. — Christliche Gewerkschaftsneutralität. — Zur Aussperrung im Malergewerbe. — Der Dank vom Hauke Habsburg für die Kirch-Durcherischen. — Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.
Bericht der Hauptverwaltung über den Monat März 1913.

vorzug bildete die Alphabetsberechnung, gegen die von den Prinzipalen ein großer Widerstand entfaltete wurde.

Am 25. Januar 1873 beantworteten die Leipziger Kollegen die Ablehnung des von der Gehilfenschaft überreichten Tarifs mit der Kündigung. 287 Seher und 54 Drucker in 30 Druckereien griffen damit zur Waffe des Streiks. 170 Mann wurden ausgesperrt, 200 jüngere Kollegen hatten Leipzig im Augenblicke des Kampfbeginns verlassen. Am 1. Februar erfolgte die Arbeitseinstellung, 400 Gehilfen (darunter 100 Drucker) blieben jedoch stehen. Die Fortbildungsschule für Lehrlinge wurde geschlossen. Das Anlernen von Mädchen wurde von den Prinzipalen verschiedentlich, wenn auch mit wenig Glück, versucht. Die Militärbehörde stellte auf Ansuchen die Buchdrucker-Marsjünger zur Verfügung. Die „Annalen“ (damaliges Prinzipalsorgan) wie die Tagespresse überboten sich in falschen Darstellungen und im Verunglimpfen des Vorgehens der Leipziger Gehilfen. Am 8. März gingen die Prinzipale zur Aussperrung über, um so den Leipziger Streik niederzuringen. Es war aber ein Schlag ins Wasser. Aber den 21. April hinaus zog sich der Kampf in Leipzig, an dem im ganzen etwa 800 Mann beteiligt waren, bis zum 13. Mai hin, dauerte also 14 Wochen und kostete 20800 Taler. Das materielle Ergebnis allein war eine Verbesserung um 16%, Proz., außerdem erhielt Leipzig einen Lokalzuschlag von ebenfalls 16% Proz.

bedeutsame Tarifbewegung von 1873 geschildert. Im März 1898 erschienen im „Korr.“ fünf Artikel, in denen die Geschichte des 1873er Streiks in ihren großen Lichtpunkten, aber auch in den unverkennbaren Schwächen beschrieben wurde. Da zum Verbandsjubiläum im Jahre 1916 eine Festschrift erscheinen soll, die selbstverständlich der 1873er Bewegung eingehende Betrachtungen widmen wird, so soll jetzt, wo wir der vor vierzig Jahren erfolgten Beendigung der ersten einheitslichen Aktion der deutschen Buchdruckergehilfen wie auch des ersten energischen Vorstoßes unserer Prinzipale gedenken wollen, nur in großen Umrissen das angefangene Bild dieses unzweifelhaft auch recht lehrreichen Abschnitts — lehrreich in bezug auf die angewandte Taktik, den sehr großen Erfolg wie den nachfolgenden starken Rückschlag — unserer Verbands- und Tarifgeschichte vollendet werden. Das wird speziell durch einen abschließenden Artikel in Nr. 57 geschehen.

□ □ □ □ □ Anno 1873! □ □ □ □ □

Kampfesende und Siegestunde.

An unsere Kollegen in und außerhalb Deutschlands!

Der Streik in Leipzig ist beendet. Auf die erzielten Resultate dürfen wir mit Befriedigung zurückblicken. Aber nur eure moralische Unterstützung, eure Opferwilligkeit, das Bewußtsein der Solidarität der Interessen vermittelten diese Resultate. Für alles dieses heißt Dank! Ein Hoch aber auch unserer Organisationsweise den nunmehr beendeten Kampf siegreich beendeten hat.

Indem wir unsere Circulare vom 19. und 28. April d. J. hiermit annullieren, zeichnen wir collegialischem Gruß
 Den 13. Mai 1873.

Die Vertrauensmänner der Buchdruckerzweige Leipzigs.
 G. A.: Die Reumer-Commission.

Am Sonnabend, dem 17. Mai 1873, war im „Korr.“ diese frohe Botschaft zu lesen. In großer Schrift, durchgehend und an der Spitze der Nummer verkündete die Leipziger Kollegenschaft, daß nunmehr auch für sie ein äußerst ehrenvoller Friede der langen und gerade hier am heißesten gewesenen Kampfperiode ein Ende machte.

In der gleichen Nummer, d. h. auf den Tag genau vor vierzig Jahren, wurde auch der in den Tagen vom 1. bis 5. Mai vereinbarte allgemeine deutsche Buchdruckerarif zum Abdrucke gebracht. Mit seinem nur drei Spalten und einige Zeilen umfassenden Umfange will uns dieser erste Reichstarif nicht viel beflegend erscheinen. Allein, hier überweg die Qualität die Quantität ganz beträchtlich. In seinen Hauptpunkten besagte dieser Tarif und unterscheidet sich damit von dem jetzt geltenden: Arbeitszeit 57 (53) Stunden effektiv pro Woche; Überarbeit bis 9 Uhr abends 15 (15) Pf. Zuschlag; von 9 bis 11 Uhr 25 (25) Pf., nach 11 Uhr doppelte Bezahlung (jetzt 35 und 40 Pf. Zuschlag und nach effizienter Arbeitszeit ein Extrazuschlag von 10 Pf. pro Stunde); Sonn- und Feiertagsarbeit doppelte Bezahlung (jetzt 25 Pf. bei nichtregelmäßiger, 45 Pf. bei regelmäßiger und 85 Pf. pro Stunde Zuschlag an den ersten Feiertagen); Minimum 19,50 Mk. (25, 26 und 27,50 Mk., Maschinenleher mit 25 Proz. Zuschlag); Grundpreise für 1000 Buchstaben Fraktur: Nonpareille 36 (51) Pf., Kolonel 34 (48) Pf., Petit, Borgis und Korpus 30 (44) Pf., Cicero 32 (46) Pf., Mittel 34 (49) Pf., in Antiqua (deutsche Sprache) sämtliche Grade um 10 (4,2) Proz. höher. Das Festsetzen von Lokalzuschlägen blieb der örtlichen Vereinbarung überlassen, jetzt sind im Tarife 621 vorgeschrieben. Eine Lehrlingskala enthielt der erste Tarif nicht, dazu kam es erst 1886. Einen Haupt-

Man kann also die freudige Kundgebung der Leipziger Tarifkommission verstehen. War doch Leipzig der eigentliche Kampfboden, und wurde hier doch schon seit dem 25. Januar 1873 geschossen und auch dann noch, als seitens der Verbandsleitung unter dem 21. April Streik und Aussperrung für beendet erklärt worden waren. Wenn die Leipziger Führung erst am 13. Mai „Das Ganze halt!“ blafen ließ, so stellt das zwar eine Eigenmächtigkeit dar, aber es waren dafür Umstände maßgebend, für die auch die Verbandsleitung Verständnis zeigte; die damalige Situation gestattete diese Extratur von der gewerkschaftlichen Disziplin. Später wäre sie verhängnisvoll geworden. Die Tarifverhandlungen fanden also sozulagen unter dem Aufmarsch einer Okkupationsarmee statt. Vielleicht hat diese Pression auch ihr gut Teil beigetragen, daß der in fünftägiger Beratung zustande gekommene Tarif dem von einer Delegiertenversammlung der Gehilfen in den Tagen vom 13. bis 17. Januar 1873 in Leipzig ausgearbeiteten Entwurfe ganz wesentlich entsprach. Der schon am 8. Mai in Kraft getretene Tarif stellte einen ganz außerordentlichen Erfolg dar. Man wird sich seiner Tragweite erst richtig bewußt, wenn die heutigen tariflichen Hauptbestimmungen den damals erreichten gegenübergestellt werden. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß die Tarifreduktionen von 1876 und 1878 die 1873er Errungenschaft in erheblicher Weise beeinträchtigten, und daß die dann folgende Zeit noch mehr davon abbröckeln ließ, weil der Tarif in weitem Maße nur auf dem Papiere stand. Diese Tatsache wiegt fast noch schwerer als die den Prinzipalen durch die Ungunst der Verhältnisse und den Aufschwung ihrer Organisation bei den gedachten beiden Tarifrevisionen geglückten Abstriche.

Wir haben in Nr. 28 d. J. in dem Artikel „Aus großer Zeit“ in Episodenform die ungeachtet der nachfolgenden Verschlechterungen für alle Zeiten hoch-

Nach fünf und zwanzig Jahren.

Im Rahmen dieser Betrachtungen sei auch erwähnt, daß die Leipziger Kollegenschaft am 14. Mai 1898 im Theaterfaale des „Krisfallpalastes“ eine Gedenkfeier des 1873er Streiks beging, die durch eine sehr gehaltvolle Rede Richard Härtels eine besondere Weihe erhielt.

Die Leipziger Kollegen bildeten in dem damaligen Kampfe wie überhaupt in der ganzen Organisation die Avantgarde. Bei den Prinzipalen war es ebenso: Leipzig hatte die Führerschaft. Und da es zu jener Zeit noch kein Rheinland-Westfalen mit seinem jetzt so ausgeprägten Charakter gab, vereinigte Leipzigs Prinzipalität alles in sich. Leipzigs Vorrangstellung im Buchhandel trug gewiß nicht wenig dazu bei. Wenn auch die Kollegen Hannovers in der Durchführung der Alphabetsberechnung die eigentlichen Schrittmacher waren — ihren erfolgreichen Streik im Oktober 1872 hatten sie 1873 durch eine Forcierung der Aussperrung zu hüben, 228 Mann wurden davon betroffen —, so bleibt den Leipziguern doch das größere Verdienst, dem Alphabetsysteme zur allgemeinen Anerkennung wie dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Gehilfen bei Vereinbarungen mit der Prinzipalität und der Zentralisierung der Tarife zum Durchbruche verholfen zu haben.

„Der alte Härtel“, unter welchem Beinamen der Gründer des Verbandes bei den deutschen Buchdruckern und speziell in der Leipziger Kollegenschaft für alle Zeit fortleben wird, war unstreitig der Berufene, nach 25 Jahren den großen Ereignissen von 1873 eine Gedenkrede zu halten. Als Seele des Ganzen und Führer der Bewegung auch während seiner schwächigen Inhaftierung im Leipziger Stadtgefängnisse — Härtel genob, allerdings nicht offiziell, sondern dank der Einsicht eines mitleidenden Aufsehers quasi die Freiheiten einer Festungshaft — war er in den Zusammenhang der Dinge eingeweiht wie kein anderer. Die sechs Wochen Haft, die kein Ruhmesblatt für die Leipziger Prinzipalität und den Leipziger Rat bilden, hatten ihm noch mehr Sympathien zugewandt, was sehr deutlich aus seiner Danklage vom 19. Mai 1873 nach Verbüßung der unter soanen Umständen ganz erträglichen „Einsperrung“ hervorgeht, in der er für die allseitige Teilnahme „an dem mich betroffenen, allerdings in heutiger Zeit nicht mehr ungewöhnlichen Schicksal“

o o o Zur Generalversammlung o o o

Keine Beitragserhöhung!

In einigen Wochen wird die Generalversammlung in Danzig tagen, und viele Kollegen rechnen mit der Verbesserung resp. Abänderung der einzelnen Unterförderungsbezüge, die dort besser geregelt werden sollen. Verschiedene der bis jetzt erschienenen Artikel zur Generalversammlung haben bereits dazu Stellung genommen, davon mehrere im zustimmenden Sinne zu den von der Bauvorsteherkonferenz vorgelegenen Abänderungen.

Nun werden ja hoffentlich die so empfohlenen Anträge nicht sämtlich so zur Annahme gelangen, wie die Konferenzteilnehmer sie für gut befunden haben. Da ist z. B. die Herabsetzung der Reiseunterstützung von 280 Tagen auf 140 Tage, die von vielen Ortsvereinen bekämpft worden und meines Erachtens auch eine starke Verschlechterung ist. Die Artikel des „Korr.“ über das Wandern wie das Anspornen der jungen Kollegen, mehr zum Wanderkasse zu greifen, würden dadurch völlig wertlos werden. Denn durch jene Verschlechterung würde das Wandern noch weit mehr eingestellert werden.

Einige Kollegen haben zum Schluß ihrer Artikel zur Generalversammlungsdiskussion sich für eine eventuelle Beitragserhöhung zugunsten einiger Unterförderungsanstalten, die erhöht werden sollen, ausgesprochen. Sie gegenwärtig möchte ich mich besonders wenden. Viele Kollegen werden wohl beim Lesen dieser Stellen den Kopf geschüttelt haben. Wir haben doch erst ab 1913 die Beiträge erhöht und können nicht schon wieder an eine abermalige Erhöhung unserer Beiträge denken. Ich glaube, daß wir in bezug auf Beitragshöhe an der Spitze aller Gewerkschaften Deutschlands marschieren, was ich in bezug auf den Lohn nicht so allgemein zu behaupten wage.

Ich will den guten Willen der Kollegen, welche für eine Erhöhung oder gar für neue Unterförderungsbezüge eintreten, nicht abstreifen, aber deswegen die Gesamtkollegen schon wieder höher belassen, vermag ich nicht einzusehen. Wenn ein oder der andere Kollege meint, mit den Unterförderungsbehalten nicht auskommen zu können, so bleibt es ihm ja unbenommen, sich in diesem oder jenem Falle weiter zu versichern. Schon bei den heutigen Beiträgen fällt es manchem Kollegen schwer, die notwendigen Ausgaben zu bestreiten, trotz des noch ziemlich neuen Minimums. Es mögen ja nicht alle Kollegen gleich schlecht gestellt sein, aber ein ansehnlicher Teil steht doch zum Minimum oder zu einigen Pfennigen darüber. Das müssen doch die Kollegen, welche für eine Beitragserhöhung eintreten, bedenken. Auch sollten sie sich einmal den „Korr.“ zur Hand nehmen, wo die Aufrechnung der Ernährungskosten für einen deutschen Marinepiloten gemacht wird. Dann erst werden sie erleben, wie schwer es einem Kollegen wird, seine Familie eingetragenen Angehörigen zu ernähren. Unser Verband wollen wir doch nicht mit dem Staate vergleichen, der auch schon wieder neue Einnahmemeinzelheiten.

Was mit unserer letzten Beitragserhöhung von 10 Pf. realisiert und verbessert werden kann an den Unterförderungsbehalten, das wird unser Finanzminister ja schon in Danzig klarlegen. Aber ich denke, daß diese Generalversammlung ohne jede weitere Beitragserhöhung zu Ende gehen muß. Diese Mahnung möchte ich den Delegierten mit auf den Weg geben zur Danziger Generalversammlung. Falls es ohne Beitragserhöhung aber nicht gehen sollte, so wäre rundweg zu erklären, es lieber beim alten zu lassen. Bestreß der neugeregten Unterförderungsbehalte brauche ich weitere Worte nicht zu verlieren, da diese Anträge und Anregungen nur ein Wunsch von einzelnen Kollegen geblieben sind. Eine nochmalige Beitragserhöhung könnte zu Unstimmigkeiten in Mitgliederkreisen führen und die Agitationskraft hemmen.

Müßeldorf.

R. Walter.

Ein anderer Friedensvorschlag.

In Nr. 51 unseres Verbandsorgans bringt Kollege -e (Stuttgart) die eventuelle Herausgabe der „Typographischen Mitteilungen“ als technische Monatsbeilage zum „Korr.“ zur Sprache. Daß diese Frage schon so weit ins Land gegangen, nimmt mich Wunder, denn ich glaube, es wäre vorläufig eine engere Berliner Anregung. Ich verstehe doch recht: es sollen alle Spartenorgane in den „Typographischen Mitteilungen“ aufgehen?

Wir wollen einmal diese wunderbare Sache zerpfücken. Diese technische Beilage zum „Korr.“ müßte doch einen ziemlich Umfang haben, denn vier bis acht Seiten wird jede Berufsgruppe (Handfeger, Maschinenfeger, Maschinenmeister, Stereotypenre, Schriftsetzer, Korrektoren) für sich beanspruchen. Nun denken Sie sich, Kollege -e, diese Belastung des „Korr.“ mit einer solchen Beilage! Und dann: Wer stellt diesen „Ballast“? Wir wollen doch geradeaus gehen: kümmert mich als Maschinenfeger, daß an der Druckmaschine eine neue vorteilhafte Anlegemarke eingeführt worden ist? Oder kümmert mich als Korrektor, daß in der Stereotypie ein neuer Kleister zum Streichen der Matrern verwandt wird? Für die Spezialkollegen sind solche Neuerungen natürlich außerst wichtig. So lassen sich viele, sehr viele Beispiele anführen.

Gewiß würde hin und wieder etwas die Allgemeinheit Interessierendes in der technischen Monatsbeilage stehen, aber in keiner Weise wird sie uns die „Technischen Mitteilungen“ der einzelnen Sparten, wie sie jetzt erscheinen, ersetzen. Wir Maschinenfeger lesen mit Lust unsere „Technischen Mitteilungen“, und das glaube ich für den größten Teil meiner engeren Kollegen sagen zu dürfen, wir werden uns auf keinen Fall mit dem Gedanken anfreunden, sie zugunsten der „Typographischen Mitteilungen“ aufzugeben.

Wir lesen aber selbstverständlich auch mit Aufmerksamkeit den „Korr.“.

Nun zu den weiteren Ausführungen des Stuttgarter Kollegen. Er spricht sich dahin aus, daß die Bahnbeschlüsse betreffend die Sparten so ausgebaut werden sollen, daß den Sparten jede Existenzberechtigung abgesprochen wird, und ersucht uns, in lokaler Weise, unter dem Opfer höchster gewerkschaftlicher Disziplin, für Auflösung der Sparten einzutreten; ein Andererseits, über das ich nicht weiter diskutieren will. Aber eine Handfeger-sparte will dieser Kollege ins Leben rufen, wenn diese „Kerntruppe mit ihrer Zweidrittelmehrheit“ nicht in Kürze dafür zu bestimmt ist. Die Zentralkommissionen der einzelnen Sparten sind ja gar nicht so anmahend, auf der Bauvorsteherkonferenz und der Generalversammlung beschließende Stimme zu verlangen, sondern sie wollen nur mit raten und dienen Tagungen ihre Spezialerfahrungen zum besten geben, damit hieraus zum Nutzen der Allgemeinheit geschöpft werden kann. Es sollte niemand so kurzichtig sein und verkennen, daß der Spezialkollege, wie er als Maschinenfeger, Stereotypenre, Korrektor usw. in unserm Gewerbe existiert, bei diesen Gelegenheiten ganz andre Argumente vorbringen kann wie die gewiß vom besten Willen befehlten Kollegen an der Spitze, die nicht in der Praxis stehen.

Ich erlaube mir, ganz im Gegensatz zu den Kollegen Hahn und -e, zu sagen: Die Sparten müssen mehr ausgebaut werden! Um im militärischen Bilde, wie es der „Korr.“ kürzlich gebracht hat, zu bleiben: Die Hauptfestung und in ihr der oberste Kommandant ist der Verband und der Verbandsvorstand, die Forts mit ihren Unterkommandeuren sind die Sparten und ihre Zentralkommissionen. Daß nun die Forts so stark wie möglich besetzt werden, liegt im Interesse der Hauptfestung. Jede Meldung von den Forts gibt dem Oberkommando ein weiteres Gesichtsfeld und erweitert seinen Gesichtskreis. Selbstverständlich wird dann auch jede Instruktion des Oberkommandierenden wenigstens den Unterführern der Forts verständlich sein, wenn auch nicht allen Soldaten. Aber dafür herrscht ja doch Disziplin in unsern Reihen. So ergibt sich dann eine uneinnehmbare Position, die nur durch Verrat zu Falle gebracht werden könnte. Mit diesem Bilde will ich schließen.

Wenn ich auch glaube, die beiden Kollegen „Sparten-fresser“ nicht überzeugt zu haben, so hoffe ich doch, mit meinen Ausführungen der Allgemeinheit klarzulegen, daß die Sparten und ihre Zentralkommissionen eine dringende Notwendigkeit sind und im Interesse unseres stolzen Verbandes weiter bestehen bleiben müssen.

Berlin.

Geka.

o o o o o Gewerkschaftsrevue o o o o o

Die Öffentlichkeit nimmt heutzutage an wichtigen Vorgängen in der Arbeiterbewegung weit regeren Anteil als das bis vor einem Jahrzehnt etwa noch der Fall war. So wurde der jüngst erfolgte Abschluß der Tarifbewegung im Baugewerbe fast in der gesamten Tagespresse gewirbt. Unverhohlene Übereinstimmung herrscht darüber, daß infolge der friedlichen Beendigung der Bewegung das Wirtschaftslieben von schweren Erschütterungen verschont bleibt. An dieser Tatsache haben indes die Unternehmer im Baugewerbe kein Verdienst, wenn man berücksichtigt, wie sehr ihr ablehnendes Verhalten gegen jede Lohnherabsetzung eine Verkündung mit den Arbeitern erschwerte. Wenn diese nach monatelangen Verhandlungen, wirkungsvoll unterstützt von unparteilichen Schiedsrichtern, schließlich doch zustande kam, so nicht zuletzt deshalb, weil die Vertretung der Arbeiterseite grundtätig an dem Standpunkte des Tarifvertrags, als der zurzeit zweckmäßigsten Form der Regelung der Arbeitsverhältnisse, festzuhalten entschlossen war. Eine wohlaufergestützte und vor allem gutdisziplinierte Organisation tat dann ein übriges, daß die Unternehmer den Frieden dem Kampfe vorzogen, indem sie die Vorschläge der Unparteilichen annahmen.

Mit dem Resultate der Tarifverhandlungen, die nach den Angaben des „Grundstein“ für 27304 Bauarbeiter im ganzen Reich eine durchschnittliche Lohnherabsetzung von 5,11 Pf. pro Stunde und für 52000 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit brachten, hatte sich ein außerordentlich wichtiger Verhandlungsstag der Bauarbeiter zu beenden, der am 6. Mai in Berlin zusammentrat. Die Delegierten sehen sich vor die schwere Frage gestellt: Annahme oder Ablehnung des Erreichten. Dabei war zu berücksichtigen, daß viele Orte, ja ganze Landesteile, bei Annahme der Vorschläge der Unparteilichen zu Lohnherabsetzungen und zu einer Arbeitszeitverkürzung kamen, wie sie diese auch durch einen langen und opferreichen Kampf nicht besser erreichen konnten. Andererseits stand fest, daß die Arbeiter in einigen Gebieten, z. B. in Rheinland-Westfalen, durch die Vorschläge der Unparteilichen bedrückt wurden, daß durch einen partiellen Kampf mehr herausgeholt werden könnte. Die Situation des Verbandstags war jedoch noch dadurch besonders erschwert, daß die Unternehmer und die Unparteilichen ihre Angebote und Vorschläge als einheitliches Ganzes betrachteten wissen wollten. Damit entfiel für den Bauarbeiterverband die Möglichkeit, einzelne unbefriedigende Gebiete auszuscheiden, um für sie den Kampf entscheiden zu lassen.

Auf dem Verbandstages wurde vom Vorsitzenden Pöplow zunächst ein Überblick über den Gang der Verhandlungen gegeben. Nach den Vorschlägen der Unternehmer sollte eine größere Klarheit über die Akkordarbeit geschaffen werden, um sie möglichst in allen Orten einzuführen. Ferner sollten die beiderseitigen Zentralverbände eine Kautions von je 50000 Mk. hinterlegen, aus der Schadenersatzansprüche wegen etwaiger Verstöße gegen den Vertrag

befriedigt werden könnten. Das Vertragschema sollte auf eine andre Grundlage gestellt und verschlechtert werden. Von den Arbeiterverbänden wurde als prinzipielle Forderung eine Erklärung des Arbeitgeberbundes verlangt, die eine allgemeine Lohnherabsetzung garantierte. Die verschiedenen Stadien der ergebnislosen Verhandlungen zwischen den direkt Beteiligten haben wir an dieser Stelle eingehend geschildert. Durch das später erfolgte Eingreifen der Unparteilichen erfuhr die weitgehendsten Anträge der Unternehmer zwar eine Abweilderung, immerhin aber wurde gewissen Wünschen der letzteren in den Vorschlägen Rechnung getragen. Alle wesentlichen Bestimmungen wurden in den Hauptvertrag aufgenommen, und die örtlichen Verträge erstreckten sich nur noch auf wenige Punkte. Damit ist dem von der Arbeiterenschaft mit recht gemischten Gefühlen aufgenommenen Reichstakt eine stärkere Ausprägung verliehen. Im Hauptvertrag wird den Zentralvorständen der beteiligten Verbände die Verpflichtung auferlegt, dafür zu sorgen, daß keine Tarifverträge vorkommen. Die Hinterlegung einer Kautions, die eine Hauptfrage bildete, wurde von den Unparteilichen für undurchführbar gehalten und verfiel infolgedessen der Ablehnung. Alle Einzelverträge, die in den nächsten Jahren im Baugewerbe zustande kommen, müssen auf Grund des Hauptvertrags abgeschlossen werden. In bezug auf die Akkordarbeit enthält der neue Tarifvertrag sehr erhebliche Verbesserungen. Während die Unternehmer im Baugewerbe im Fehlen eines Akkordtarifs bisher keinen Sündengrund für die Durchführung der Akkordarbeit erblickten, ist es jetzt Vordruck, daß in den Orten, wo Wert auf Akkordarbeit gelegt wird, die Akkordpreise zwischen den Organisationen vereinbart und vertraglich festgelegt werden. Da die Akkordarbeit nicht durch Verbot beseitigt werden könne, bezeichnete Pöplow die neue Vertragsbestimmung als die glücklichste Lösung dieser Frage. Der Redner ging sodann auf die eigentlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Bezirken näher ein, deren Durchschnittswerte wir schon mitteilten. Ein Drittel der Bauarbeiter erhält eine Lohn auf drei Jahre verteilte Lohnherabsetzung von 3 bis 4 Pf. pro Stunde, ein starkes Drittel 5 Pf. und ein schwaches Drittel 6 Pf. Pöplow empfahl dem Verbandstages, sich in der Diskussion nicht mit der Frage zu beschäftigen, ob mit dem Tarifvertrag aufgeräumt werden solle, sondern unter Berücksichtigung der Interessen des Gesamtverbandes zu prüfen, ob die vorliegenden Lohnbewilligungen ausreichen zum Abschluß von örtlichen Verträgen. Er verkannte keineswegs, daß die zugestandenen Lohnherabsetzungen und die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden den Forderungen der Arbeiter nicht entsprächen. Besonders die Unternehmer Rheinland-Westfalens hätten es verstanden, die wirtschaftliche Lage so ungünstig hinzustellen, daß die Unparteilichen nur sehr geringe Lohnaufbesserungen für die dortigen Arbeiter festsetzen. Daran änderten alle Bemühungen der Arbeitervertreter nichts. Mit den Lohnherabsetzungen in den andern Bezirken hätte man sich abfinden, wenn auch die berechtigten Anforderungen nicht entsprächen. Ob durch einen Kampf unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr erlangt werden könne, sei zweifelhaft. Eine Ablehnung der Schiedsprüche für Rheinland-Westfalen allein würde höchstwahrscheinlich einen Kampf in ganz Deutschland zur Folge haben, dem man für diesmal aus dem Wege gehen wolle. Deshalb möge der Verbandstag den Schiedsrichtern als Ganzes zustimmen.

In der Diskussion sprach ein großer Teil der Delegierten in ähnlichem Sinne; sie erklärten, im Interesse des Gesamtverbandes den Schiedsrichtern zustimmen zu wollen, obwohl sie mit den für ihre Bezirke bewilligten Lohnherabsetzungen nicht zufrieden seien. Die rheinisch-westfälischen Vertreter lehnten die Zustimmung begrifflicherweise rundweg ab und bezeichneten die Annahme der Schiedsprüche als eine Gefahr für den Bauarbeiterverband. Einige andre Redner führten das unbefriedigende Ergebnis der Tarifverhandlungen darauf zurück, daß diese durch die Zentralvorstände geführt wurden, weshalb der Einfluß der Mitglieder in den Bezirken nicht zur Geltung gekommen sei. Ihr Vorschlag, daß das Schwergewicht der Verhandlungen in Zukunft in die Bezirke verlegt werde, wird wohl für immer ein frommer Wunsch bleiben. Bei der Konzentrationsbewegung auf allen Gebieten und dem Zusammenhänge des Unternehmertums werden die großen Verbände im Gegenteil sicher immer mehr zum Abschluß von Reichstakt gedrängt werden. Hierdurch wachsen erfahrungsgemäß die tatsächlichen Schwierigkeiten der Arbeiterorganisationen in nicht geringem Maße, denn ein Tarifabschluß für das ganze Reich stellt hinsichtlich kühn abwägender Taktik weit höhere Anforderungen als eine Tarifbewegung, die sich nur über einzelne Orte oder Bezirke erstreckt.

Der Bauarbeiterverbandstag nahm schließlich in namentlicher Abstimmung folgende viefelgende Resolution mit 296 gegen 99 Stimmen an:

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärt nach Kenntnisnahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen und nach Würdigung aller einschlägigen Umstände:

Das Gesamtergebnis der Tarifverhandlungen ist nicht derart, daß es die berechtigten Ansprüche der Bauarbeiter-chaft befriedigen könnte. Der von den Unparteilichen vorgelegene Hauptvertrag und auch das vorgeschlagene Vertragsmuster entspricht durchaus nicht dem, was der Bauarbeiterverband erstrebt. Ebenso unbefriedigend, in sehr vielen Fällen die schärfste Kritik herausfordernd, ist eine Reihe von Vorschlägen der Unparteilichen bezüglich der Lohnzahlung und der Arbeitszeitverkürzung. Große und unzulässige Stöße, für die die Arbeitszeit unter zehn Stunden geradezu geboten ist, sind unberücksichtigt geblieben. Wo in Anbetracht der Teuerungsvverhältnisse eine sofortige Lohnherabsetzung von 3 Pf. als Mindestmaß angesehen werden müßte, haben die Unparteilichen für

nambhafte Städte nur 3 und 4 Pf. auf die ganze Ver-
tragszeit von drei Jahren in Vorschlag gebracht. Ganz
besonders schwer empfänglich durch die Vorschläge sind die
Bauarbeiter der rheinisch-westfälischen Industrie- und
andere Landesstelle. Es erscheint fast un möglich, in diesen
Bezirken auf Grund der Vorschläge die Bauarbeiter zum
Abschluss der Tarifbewegung zu bewegen.

Trotzdem ist der Verbandstag bereit, der
Erneuerung des Tarifvertrags auf der Grund-
lage der vorliegenden Vorschläge zuzustimmen.
Mit dieser Zustimmung verbindet jedoch der Ver-
bandstag den Auftrag, der Verbandsvorstand möge den
eindringlichen Versuch machen, gemeinsam mit dem Vor-
stand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau-
gewerbe die Unstimmigkeiten zu beseitigen und günstigere
Bedingungen für die baugewerblichen Arbeiter zu ver-
einbaren.

In Berücksichtigung einer Erklärung des Verbands-
vorstandes beschloß der Verbandstag ferner fast einstimmig,
daß alle Zweigvereine ohne Ausnahme der angenommenen
Resolution Rechnung zu fragen haben, und daß Streiks
aus Anlaß dieser Bewegung nicht unterstützt werden. Für
den Bauarbeiterverband wird es gemäß keine leichte Auf-
gabe sein, in der gegenwärtigen kritischen Situation die
Köpfe seiner Mitglieder klar und besonnen zu erhalten,
aber die von diesen während der langwierigen Verhand-
lungen seit Dezember v. J. bewiesene stramme Disziplin
berechtigt doch zu den besten Hoffnungen für die unbedingte
Nüchternheit der Verbandsratsbeschlüsse.

Das gleiche ist vom Zentralverband der Zimmerer und
verwandter Berufsgenossen Deutschlands zu sagen, der auf
einer außerordentlichen Generalversammlung am
8. Mai in Berlin Stellung zum Ergebnisse der Tarifver-
handlungen nahm. Sie hatte einen ähnlichen Verlauf wie
die Tagung der Bauarbeiter. Aus dem vom Vorsitzenden
Schradter gegebenen Überblick über die Tarifbewegung war
zu entnehmen, daß diese für einzelne Gauen und Bezirke
zur vollen Zufriedenheit der Arbeiter verlaufen ist. So
wurde z. B. in Ost- und Westpreußen, in Elsaß-Lothringen,
Südbayern und Neuworpommern auf Grund örtlicher und
zentraler Verhandlungen eine Einigung erzielt. In den übrigen
Gauen und Bezirken sollen die Arbeitsbedingungen nach dem
Vorschläge der Unparteiischen geregelt werden. Danach beträgt
die Arbeitszeiterkürzung während der nächsten drei
Jahre für 87 Mitglieder täglich eine Stunde und für
5363 Mitglieder täglich eine halbe Stunde. Die erreichte
Lohnerhöhung macht in den einzelnen Gauen auf die drei-
jährige Tarifperiode im Durchschnitt 5,09 Pf. aus. Ob-
gleich ein halber Pfennig pro Stunde weniger erungen
worden sei als im Jahre 1910, rief der Verbandsvorsitzende
doch zur Annahme des Resultats, um so mehr, da 1910
ein langer, opferreicher Kampf von neun Wochen geführt
worden mußte, wohingegen man die diesmaligen Zug-
eständnisse der Bauunternehmer ohne Kampf und Opfer
erlangen konnte. In der Debatte kam eine Mißstimmung
über die generelle Regelung der Arbeitsbedingungen
zum Ausdruck, wiewohl letztere zu einem Instrumente der
Niederhaltung von Arbeiterforderungen auswachen könne.
Im übrigen war die Diskussion beherrscht von der Unzu-
friedenheit über die Vorschläge der Unparteiischen, die darauf
hinauswies, einen Reichstarif einzuführen. Bisher habe
der Verband der Zimmerer einem solchen aber absehnend
gegenübergestanden, und so müsse es auch in Zukunft bleiben.
In Anbetracht der vorgezeichneten Konjunktur werde man
trotz der ungünstigen Bestimmungen den Vorschlägen der
Unparteiischen zustimmen, doch habe der Verband in Zukunft
mit einer Tarifpolitik, die zum Reichstarife führe,
zu brechen. Man braucht sich den Kopf darüber nicht zu
zerbrechen, ob der Zimmerverband dauernd in der Lage
sein wird, die Entwicklung in der Tariffrage zu bestimmen.
Tarifvereinbarungen zwischen großen Interessentengruppen
pflegen nicht deshalb abgeschlossen zu werden, weil sie
einzelne Personen wollen oder für richtig halten, sondern
weil die Entwicklung im Wirtschaftsleben dazu drängt.
Unter solchen Umständen ist es aber sehr wohl denkbar,
daß auch die Entscheidung über Form und Umfang der
Tarifverträge letzten Endes nicht vom Willen einzelner
Personen abhängt, sondern von der Gestaltung des Wirt-
schaftslebens. Mit vollen Rechte betonte denn auch der
Verbandsvorsitzende, daß die Delegierten nicht vergessen
dürften, daß bei der Regelung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen nicht nur der Zimmerverband zu bestimmen
habe, sondern auch der Arbeitgeberbund.

In namenflicher Abstimmung wurden sodann von den
Zimmerern die Vorschläge der Unparteiischen mit 102 gegen
35 Stimmen gleichfalls angenommen.
Die Stellungnahme der christlichen Bauarbeiter
zum Tarifabschluß ließ erkennen, daß diese eigentlich rein
gar nichts von ihren freizugewählten Kameraden trennt,
sondern daß auch für die Christlichen die sogenannte Magen-
frage, die Erringung einer auskömmlichen wirtschaftlichen
Existenz, der Gegenstand ist, um den sich alles dreht. Der
Verbandsvorsitzende Wiedeburg referierte auf der außer-
ordentlichen Tagung in Berlin über das Ergebnis der
Tarifbewegung, das nicht befriedigend. Einzelne Resultate
selen sogar außerordentlich zu bedauern; als Ganzes be-
trachtet, könne man jedoch unter den obwaltenden Verhält-
nissen die Zustimmung nicht versagen. Der Verlauf der
Diskussion glich dem auf der Tagung des Deutschen Bau-
arbeiterverbandes wie ein Ei dem andern. Die gleichen
Argumente wurden mit gleicher Schärfe vorgebracht, und
auch hier erklärten sich die rheinisch-westfälischen Dele-
gierten gegen die Annahme der Schiedsentscheidungen. Bei der
Abstimmung wurden diese mit 83 gegen 21 Stimmen an-
genommen.

Einen teilweise recht stürmischen Verlauf nahm die
Generalversammlung des Arbeitgeberbundes auf
der Leipziger Bauachausstellung, die sich über die Annahme

oder Ablehnung der Schiedsentscheidungen der Unparteiischen
schlüssig zu werden hatte. Am lauteften gebärdeten sich die
rheinisch-westfälischen Unternehmer; die Annahme der
Schiedsentscheidungen sollte nach ihrer Meinung den völligen Ruin
des Baugewerbes bedeuten. Die Herren wiffen eben am
besten, was sie der gewerkschaftlich zerstückelten Arbeiter-
schaft Rheinland-Westfalens bieten können. Mit geringer
Mehrheit erfolgte die Annahme der Schiedsentscheidungen unter
gewissen Vorbehalten (erst nachträgliche Lohnzuschlags-
gewährung und Widerspruch gegen die Abänderung der
Schiedsentscheidungen vom 6. Mai) schließlich doch. Die Ab-
stimmung wurde nach Lohnsummen vorgenommen. Für
Annahme wurden 189 Stimmen abgegeben, für Ab-
lehnung 143, bei 10 Stimmenthaltnungen.

Da den Tagungen der Arbeiterverbände die vom Arbeit-
geberbund gemachten Vorbehalte nicht bekannt gewesen
waren, suchten die Führer sämtlicher Verbände eine noch
malige Konferenz mit Vertretern der Arbeitgeber nach, die
am 9. Mai in Leipzig stattfand. Diese führte zu dem Re-
sultate, daß sich der Arbeitgeberbund für die tatsächliche
Lohnnachzahlung vom 2. Mai an verbürgte. Damit erst
galt die Annahme des Reichstarifs für das Baugewerbe
in seinen drei Teilen, wie er von den Unparteiischen vor-
geschlagen worden war, als gesichert. Aber die tarifliche
Regelung der Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe
sollte am 16. Mai in Berlin vor den Unparteiischen ver-
handelt werden, deren eventuellem Schiedsentscheidungen sich die
Parteien von vornherein unterworfen. Bei dieser
Gelegenheit sollten auch die Lohnerhältnisse speziell in Rhein-
land-Westfalen nochmals Erörterung finden.

Somit kann die Tarifbewegung im Baugewerbe als
beendet angesehen werden. Aus ihrem Verlaufe werden
die Bauarbeiter die nötigen Nutzenwendungen für die
Zukunft zu ziehen wissen. Unsere Kollegen aber bietet
sich durch das Studium der Tarifbewegungen in andern
Gewerben Gelegenheit zu ebenso interessanten wie lehr-
reichen Vergleichen mit Vorgängen derselben Art im eignen
Berufe.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

I. Unfallversicherung.

Die Reichsversicherungsordnung sieht im Einföhrungs-
gesetz entsprechende Übergangsbestimmungen vor, die seitens
der Obergerichtsämter nicht allgemein beachtet werden.
Wie nämlich aus der Nummer der „Arbeiterrechtsbeilage“
vom 12. April hervorgeht, verwechseln einige Obergerichts-
ämter den Artikel 60 mit dem Artikel 88 der Reichs-
versicherungsordnung auch in den Fällen, wo es sich bei
der Unfallversicherung um die Anrechnung des
Jahresarbeitsverdienstes handelt. Bekanntlich wurde
nach dem früheren Unfallversicherungsgesetz der Jahres-
arbeitsverdienst bis zu 1500 Mk. voll, der übersteigende
Betrag nur zu einem Drittel angerechnet. Seit dem
1. Januar 1913 ist nun das dritte Buch der Reichsver-
sicherungsordnung — die Unfallversicherung — in Kraft
getreten. Nach demselben ist der Jahresarbeitsverdienst bis
zu 1800 Mk. voll anzurechnen. Die Vorschriften der
Reichsversicherungsordnung sind nach Artikel 60 des Ein-
föhrungsgesetzes, wenn sie für den Berechtigten günstiger
sind, auf die erstmalige Feststellung von Entschädigungs-
ansprüchen aus Unfällen, die sich vor dem Inkrafttreten
des dritten Buchs der Reichsversicherungsordnung ereignet
haben, anzuwenden. Soweit es sich um die Anrechnung
des Jahresarbeitsverdienstes handelt, ist der Artikel 60
anzuwenden und nicht der Artikel 88, der weitere Ver-
günstigungen nur vorzieht, wenn am 1. Januar 1913 noch
kein Vorbescheid erteilt war.

Da mitunter erst mehrere Monate nach erfolgtem Un-
fälle die Rente angewiesen wird, das Einspruchs-, Be-
rufungs- bzw. Rekursverfahren in der Regel sehr lange,
mitunter ein Jahr und noch längere Zeit in Anspruch
nimmt, so wolle man in allen Fällen, wo der Jahres-
arbeitsverdienst nicht bis zu 1800 Mk. voll angerechnet
worden ist, Einspruch und Berufung bzw. Rekurs einlegen.
Zur Begründung sei auf folgende Entscheidungen kurz ver-
wiesen. Die Lagerarbeitergenossenschaft in Hamburg rech-
nete der Witwe eines tödlich Verunglückten von dem 2100
Mark betragenden Jahresarbeitsverdienste nur ein Drittel,
also 200 Mk., an. Der Entschädigungsberechnung wurden
somit 1700 Mk. zugrunde gelegt. Auf eingereichte Be-
rufung entschied das Obergerichtsamt Hamburg unter dem
14. März dahingehend, daß der Jahresarbeitsverdienst
bis zu 1800 Mk. voll anzurechnen sei. Dadurch tritt eine
wesentliche Erhöhung der Rente für die Witwe ein.

Das Reichsversicherungsamt hat am 2. Januar 1913
bereits entschieden, daß beim Vorliegen der Voraussetzungen
des Artikel 60 der Jahresverdienst auch nachgeprüft werden
müßte, wenn der Rekursläger nur den Prozentsatz
der Rente bemängelt habe. Die danach festzusetzende höhere
Rente ist dann nicht erst vom 1. Januar 1913, sondern
schon vom Beginne der Entschädigungspflicht an zu ge-
währen. Die letztere Entscheidung ist in der Sammlung
der Entscheidungen des Reichsversicherungsamts von Re-
gierungsrat Breithaupt, Mitglied des Reichsversicherungs-
amts, abgedruckt, und es ist bedauerlich, wenn einzelne
Obergerichtsämter noch nicht danach verfahren.

Während nach dem früheren Unfallversicherungsgesetze
Renten von 15 Proz. und weniger abgefunden werden
konnten, ist die Abfindung jetzt zulässig bei Renten von
20 Proz. und weniger. Der Bundesrat hat nun über die
Berechnung des Kapitalwertes entsprechende Bestimmungen
erlassen. Erfolgt die Abfindung im Laufe eines Jahres,
vom Unfalltag ab gerechnet, so ist das Vierfache der

Jahresrente zu zahlen. Erfolgt die Abfindung später, so
richtet sich das Abfindungskapital nach dem inzwischen er-
reichten Alter des Verletzten und der seit dem Unfalltage
verloffenen Zeit. Es beträgt für die Jahresrente 1:

Bei einem Alter des Verletzten zur Zeit der Abfindung	Das Abfindungskapital, wenn seit dem Tage des Unfalls verfloffen sind mehr als			
	ein Jahr	zwei Jahre	drei Jahre	vier Jahre
bis zu 25 Jahren	6,20	7,50	7,90	8,20
von 25 „ „ 30 „	6,10	7,40	7,80	8,10
„ 30 „ „ 35 „	6,00	7,20	7,70	8,00
„ 35 „ „ 40 „	6,00	7,00	7,60	7,90
„ 40 „ „ 45 „	5,90	6,80	7,50	7,80
„ 45 „ „ 50 „	5,90	6,70	7,20	7,60
„ 50 „ „ 55 „	5,80	6,60	7,00	7,20
über 55 Jahre	5,70	6,20	6,40	6,50

Ein ähnlicher Weise ist eine Berechnung des Abfindungs-
kapitals bei den Hinterbliebenenrenten aufgestellt worden.
Ausdrücklich sei auf diesen hingewiesen, daß eine Ab-
findung ohne Zustimmung des Verletzten niemals erfolgen
kann. Ebensovienig besteht auch für die Berufsgenossen-
schaft die Pflicht, einem Abfindungsantrage Folge zu leisten.
Satz jedoch die Abfindung stattgefunden, dann hat der
Verletzte keinen Anspruch mehr an die Berufsgenossenschaft,
auch wenn sich etwa die Unfallfolgen verschlimmern sollten.

II. Krankenversicherung.

Nach dem Krankenkassenversicherungsgesetz sind die Kassen
bekanntlich verpflichtet, neben dem Krankengeld, ärztlicher
Behandlung und Arznei auch Brillen, Bruchbänder und
ähnliche Heilmittel zu gewähren. Aber die Frage, ob die
Kassen auch die Kosten einer Bruchoperation zu tragen
haben, hat der badische Verwaltungsgerichtshof entschieden,
daß die Kassen in dem Falle, wo der Patient sich ohne
Zustimmung der Kasse der Operation unterworfen und die-
selbe auch nicht unbedingt erforderlich war, weder die Kosten
der ärztlichen Behandlung noch auch Krankengeld für die
Infolge der Operation eingetretene Arbeitsunfähigkeit zu
zahlen haben.

Eine interessante Streitfrage, ob während der Ferien-
zeit die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse fort-
dauert, hat das Versicherungsamt in Hamburg in be-
jahendem Sinn entschieden. Sofern unsern Kollegen Ferien
gewährt werden, erhalten sie für diese Zeit den Lohn
weiter. Aus der Lohnzahlung ergibt sich aber, daß dem
Arbeitgeber während der Ferienzeit sowohl die rechtliche
wie die tatsächliche Verfügungsgewalt über die Arbeits-
kraft des Verletzten zusteht. Erkrankt also jemand
während der Urlaubszeit, dann ist er während des Be-
schäftigungsverhältnisses, und nicht während der Erwerbs-
losigkeit, erkrankt. Dies ist insofern von Vorteil für den
Betroffenen, als für eine während des Beschäftigungs-
verhältnisses eingetretene Erkrankung die Kasse statutarisch
Kassenleistungen zu gewähren sind; während für die
innerhalb drei Wochen nach der Erwerbslosigkeit ein-
getretenen Erkrankungen nur die gesetzlichen Mindestleistungen
beansprucht werden können.

Das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung —
die Krankenversicherung — tritt erst mit dem 1. Januar
1914 in Kraft. Bis dahin müssen sämtliche Krankenkassen,
sofern sie mit Inkrafttreten der Reichsversicherungs-
ordnung nicht der Auflösung verfallen oder in andre Kassen
aufgehen, sich neue Statuten zulegen. Im den Kassen hier
entsprechende Anleitungen zu geben, hat der Bundesrat
Musterfassungen nebst Vorbemerkungen und Erläute-
rungen im „Zentralblatte für das Deutsche Reich“ ver-
öffentlichten lassen, die inwieweit auch im Buchhandel er-
schienen sind. Soweit unsere Kollegen in den Vorständen
der Krankenkassen mit tätig sind, wollen sie sich mit diesen
Musterfassungen vertraut machen und dafür bestrebt sein,
daß überall an Stelle der Mindestleistungen höhere
Leistungen eingeführt werden. Dann soll man bei der
Doppelversicherung aber auch die Kürzung des Krankengeldes
gleich statutarisch ausschließen. Dies ist nach § 189
Abs. II der Reichsversicherungsordnung zulässig. Geschieht
dies nicht, muß nach den widerstrebenden Erklärungen
der Regierungsvorreferenten im Reichstage damit gerechnet
werden, daß man eventuell versuchen kann, auch die ge-
werkschaftlichen Bezüge während der Krankheit mit in
Anrechnung zu bringen. Ich halte dies nicht für richtig,
aber wie sich die Rechtsprechung gestaltet, ist nicht voraus-
zusehen. Deshalb ist die Kürzung gleich statutarisch aus-
zuschließen.

Hamburg. M. Glödenberg.

Korrespondenzen

Berlin. Am 8. Mai feierte Herr Rudolf Woffe
seinen 70. Geburtstag, aus diesem Anlaß übermittelte das
technische Personal durch seine beiden Oberteile Gebe und
Sebede eine von Herrn Professor Peter Behrens her-
gestellte wertvolle Adresse. Der Inhalt lautet: „Seinem
verehrten Chef, Herrn Rudolf Woffe, erlaubt sich das tech-
nische Personal zum 70. Geburtstag die ergebensten Glück-
wünsche darzubringen. In einem arbeitsreichen, von großem
Erfolge gekrönten Leben ist es Ihnen, hochverehrter Herr
Chef, vergönnt gewesen, dem Namen Rudolf Woffe Achtung
und weit über die Grenzen Deutschlands hinausgehendes
Ansehen zu schaffen, das am besten Zeugnis davon ablegt,
was durch eifernen Fleiß und starke Willenskraft erreicht
werden kann. Möge es Ihnen vergönnt sein, sich noch
lange Zeit bei bester Gesundheit an dem fernerer Wiffen
und Gedeihen Ihres Lebenswerkes zu erfreuen.“ Herr

Rudolf Mose ließ jedem zum technischen Personale Gehöhrigen, auch solchen, die nur wenige Tage vorher erst eingestell worden waren, einen vollen Wochenlohn als Gratifikation überreichen.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfabrikerverein.) Am 4. Mai hielt der Verein seine regelmäßige Monatsversammlung ab. Eingang der Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Ernst Weese durch Erheben von den Plätzen. Unter „Bereitsmittelungen“ ging Kollege Braun kurz auf die in der „Zeitschrift“ erschienenen Artikel des Geschäftsführers Wiederanders ein und betonte, daß der Argosartikel im „Korr.“ eine treffende Antwort darauf gewesen sei. Zu unserm mitteleuropäischen Maschinenfabriktag am 25. Mai in Brandenburg a. S. bemerkte der Vorsitzende, daß eine große Anzahl auswärtiger Vereine beschloßen habe, diese Tagung mit Delegierten zu beschicken. Auch konnte Kollege Högner der Versammlung schon das ausführliche Programm mitteilen. Unter „Berichtigungen“ teilte ein Monotypsetzer eine kurose Berechnungsweise seiner Geschästsleistung mit. In der betreffenden Druckerei arbeiten die Sattlerkollegen im Berechnen. Die Firma zieht nun denjenigen Kollegen, die eine Leiche machen, soviel Fehler (also halbe Pfennige) ab, als die Leiche Buchstaben und Ausschluß hat. In die Zeile gehen 70 Buchstaben. Ist also ein ausgefallener Satz z. B. eine Zeile oder zwei Zeilen lang, so haben die Setzer dafür 35 bzw. 70 Pf. zu entschädigen. Kollege Quich bemerkte hierzu, daß der Monotypsatz noch verschiedene Lücken aufweise, daß ein derartiger Abzug aber unzulässig sei, und empfahl den Kollegen, den Klageweg zu beschreiten. Die nächsten Kurse für Typographen finden am 17. und 31. Mai statt. Nächste Versammlung 29. Juni. Aufgenommen wurden acht Kollegen. Betreffs Abfahrtszeiten nach Brandenburg ist das nächste Inserat im „Korr.“ zu beachten.

Sn. Frankfurt a. M. (Bezirksversammlung vom 4. Mai.) Zurzeit befinden sich die hiesigen Siebegerhilfen in einer Tarifbewegung, die sich bereits etliche Wochen zieht, ohne beendigt werden zu können. Die Verhandlungen gestalten sich außerordentlich schwierig, da auch im Siebegerbergiebe die „Einstellung der Maschine“ im Vordergrund aller Fragen steht. In den Siebereien scheint Mangel an Bestellungen vorzuliegen. Schon seit einigen Monaten wird in zwei größeren Siebereien, nämlich Bauer und Stempel, mit erheblich verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Zum Teil wurde in diesen Maschinen mehrere Wochen gar nur halbe Tage gearbeitet. In der Bauerischen Sieberei sind auch Kündigungen erfolgt. Neuerdings ist für die Krebsche Sieberei ebenfalls die Arbeitszeit um die Hälfte gekürzt worden. Die „Fisue“ wird auf den Tripolis- und Balsankrieg zurückgeführt. Ein Beweis, daß die Folgen kriegerischer Verwicklungen nicht in letzter Linie die Arbeiterschaft zu tragen hat. Kollege Bachhaus teilte der Versammlung mit, daß es gelungen sei, ein Mitglied in die Verhandlungsgesellschaft zu haben und daß im Juni der Bezirk einen Ausflug an den Rhein veranstaltete. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Bericht von der Sitzung des Tarifausschusses in Berlin“, hatte ziemlich viel Kollegen herbeigelockt, die sonst nicht zu den regelmäßigen Versammlungen zu rechnen sind. Diese wie auch alle andern Kollegen kamen voll auf ihre Rechnung, boten doch die Ausführungen unsres Gehilfenvertreter Vorsten des lehrreichen und interessanten Materials sehr viel. Der gesamte Bericht wurde zum Zeichen der Befriedigung ohne Debatte entgegengenommen. Nach Erledigung einiger Internen wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. Es soll an dieser Stelle noch der Wunsch ausgedrückt werden, daß in der nächsten Versammlung, die eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen hat, der Besuch ein noch besserer sein möge.

Freiburg i. Br. (Oberheinische Maschinenfabrikervereinigung, Sitz Freiburg.) Die diesjährige zehnte Generalversammlung, verbunden mit dem zehnten Stichtungsfeste, fand am 27. April in Offenburg statt. Vorsitzender Hirt eröffnete die Versammlung mit begrüßenden Worten an die zahlreich erschienenen Mitglieder und insbesondere an die Vertreter des Bezirksvorstandes Laub und des Ortsvorstandes Offenburg. Redner wies darauf hin, daß die Vereinigung in diesem Jahr auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken könne und von einem Mitgliederstande von 6 bei der Gründung auf 75 gewachsen sei. Bezirksvorsitzender Laub (Laub), Ortsvorsitzender Volk (Offenburg) und Kollege Chret (Offenburg) namens der Maschinenfabriker wünschten der Versammlung einen geistlichen Verlauf. Mitglieder waren erschienen von Freiburg 15, Mchern 2, Bonndorf 1, Donaueschingen 1, Emmendingen 2, Furtwangen 1, Konstanz 3, Laub 2, Offenburg 3, Radolfzell 2, Balingen 2, Wolfach 1, Zell i. W. 1, ferner unser ehemaliges Mitglied Kollege Kahn (Freudenstadt) als Gast. Anknüpfend an den gedruckt vorliegenden Jahresbericht machte der Vorsitzende sehr interessante Ausführungen über die Vorkommnisse im abgelaufenen Jahre. Weiter machte er die Broschüre des Faktors Hesse und die Ausführungen des Geschäftsführers Wiederanders in der „Zeitschrift“ sowie die Karlsruher Maschinenfabrikule zum Gegenstande seiner Betrachtungen und schloß mit der Mahnung an die Kollegen, ihr Interesse an den Versammlungen und überhaupt im öffentlichen Leben mehr zu betätigen. Sehr interessante Ausführungen machte Kollege Gallterer über eine im Laufe des Jahres aufgenommene Statistik über die Gesundheitsverhältnisse der Maschinenfabriker im Vereinsgebiete. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder per Akklamation. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Neustadt im Schwarzwalde gewählt. Aber die technische Umschau referierte Kollege Nikolaus Müller. Er machte die Neuerscheinungen auf dem Sebmachinenmarkte zum Gegen-

stande seiner Ausführungen. Wo es anständig sei, solle versucht werden, durch Gasturitionen und Demonstrationen an der Maschine die Weiterbildung der Kollegen zu ermöglichen. Mit dem Wunsch, auch im laufenden Jahre der Spartenbewegung das vollste Interesse entgegenzubringen, schloß der Vorsitzende die anregend und sachlich verlaufene Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. — Mit der Versammlung war eine Ausstellung von Sebmachinerzeugnissen verbunden, die sich des regsten Interesses erfreute. Den Maschinenfabrikanten sei für die Überlassung des reichhaltigen Materials auch an dieser Stelle der verbindlichste Dank ausgesprochen. Nach dem gemeinschaftlichen Mittagessen vereinigten sich die Offenburg Kollegen mit den Maschinenfabrikern zur feierlichen Begehung des Stiftungsfestes. Fräulein Fischer trug einen vom Gauvorsteher Lindenlaub verfaßten stimmungsvollen Prolog vor und überreichte dem Vorsitzenden einen Blumenstrauß. Der Vorsitzende warf einen Rückblick auf den Werdegang der Vereinigung und gedachte besonders des unser uns weidenden Mitbegründers Kollegen Nikolaus Müller, welcher jahrelang im Interesse der Vereinigung tätig war. Ein vom Gauvorsteher gefaßtes Glückwunschsreiben fand begeisterte Aufnahme. Bei Musik, Nieder- und Becherklang unterließen sich die Festteilnehmer in angeregtester Stimmung, bis die Zeit der Abfahrt herannah und man sich mit dem Wunsch auf ein frohes Wiedersehen in Neustadt trennte.

Gelsenkirchen. Der 30. April war für unsern Ortsverein ein großer Tag. Eine Versammlungsbefucherzahl, wie seit langer Zeit nicht mehr, auch die notorischen Versammlungsschwärmer waren vertreten. Ein Vortrag unsres Gauvorstehers Albrecht (Köln) über „Gewerkschaftliche Tätigkeit und Erziehungsarbeit“ bildete die Ursache hierzu. Der Redner gab in seinen vortrefflichen Ausführungen Mittel und Wege an, ferner praktische Winke, wie sich die Tätigkeit eines Mitgliedes vom Tage des Beitritts zur Organisation an gestalten sollte. Geht auf reiches Zahlenmaterial, gab er ferner ein Bild des heutigen Standes der freien Gewerkschaften, die mit ihren 2 1/2 Millionen Mitgliedern und 60 Millionen Mark Vermögen dem Unternehmer gegenüber einen ganz andern Machtfaktor bilden als die 340000 Christlichen mit ihren 6 Millionen Mark Vermögen. Die Entstehung und die Kämpfe der Gewerkschaften wurden in markanter Weise geschildert. Nachdem Redner noch in kurzen Worten die faurige Rolle, die der Gutenbergbund bei der letzten Tarifausschlußsitzung spielte, gekennzeichnet hatte (der „Typograph“ faßelt von „Erfolgen“), schloß er mit der Ermahnung an die Kollegen, im gewerkschaftlichen Eifer niemals zu erlahmen, auch die Gegner nicht zu unterschätzen und unsern alten bewährten Kämpfen nachzusehern zum Wohle des Ganzen. Der mit großer Spannung verfolgte Vortrag löste starken Beifall aus. Von einer Diskussion wurde abgesehen. Mügen die Versammlungsbefucher bei unsern nächsten Zusammenkünften einen Boden gefunden sein! — Die Neuausgewählten — sechs an der Zahl — die sich zum Verbandsrat gemeldet und in dieser Versammlung aufgenommen wurden, konnten gleich das Bild einer anregend und harmonisch verlaufenen Versammlung in sich aufnehmen. Von den jungen Kollegen haben vier die Gehilfenprüfung mit „Gut“ bestanden. Die andern beiden haben auf ihre Anmeldung zur Gehilfenprüfung noch keine Aufforderung zur Ablegung derselben von der Handwerkskammer erhalten. Die übrigen Tagesordnungsgegenstände boten nur flüchtiges Interesse.

Blanchau. In unserm am 29. April abgehaltenen Monatsversammlung erfreute uns Kollege Müller (Zwidau) mit einem Vortrag über: „Die Herstellung der Käsehees“. In seinen lehrreichen Ausführungen skizzierte er anfangs die frühesten Verfahren des Soßschnitts und behandelte ausführlich das auf diesem Gebiete bestehende Neuzeitliche. Zum Schluß wurde der Dreifarbendruck erläutert. Alles in allem dürfte der mit gut gewähltem, reichhaltigen Anschauungsmaterialie begleitete Vortrag den erfreulicherweise fast vollständig erschienenen Kollegen manchen Fingerzeig gegeben haben. Den freistichlichen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Nach kurzer Pause erstattete der Vorsitzende Bericht von der Ortsvorstandekonferenz in Zwidau, der hauptsächlich in Statistischem aus dem Bezirke Zwidau bestand. Aus der Wahl des Delegierten zum Gaufrage ging der Vorsitzende hervor. Im Kartellberichte wurde u. a. die „Volksfürsorge“ erwähnt, besondert, daß diese im Einkünfte begriffene Versicherung die für den Arbeiter geeignete sein wird. Nach Erledigung einiger inneren Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende. Wir wollen hoffen, daß der Versammlungsbericht dauernd ein guter sein möge.

Leipzig. (Typographische Vereinigung — Berlejahrsbericht.) Es wurden im Berichtsjahre zehn Vorträge über die verschiedensten Zweige unsres Gewerbes gehalten. Die Typographische Vereinigung zählt jetzt fast 1000 Mitglieder, und sie ist ständig bemüht, allen Kollegen im Rahmen eines großzügigen Programms das zu bieten, was diese in technischer Beziehung brauchen können. Daß ihr dies gelingt, beweist der stets zunehmende Versammlungsbesuch und der Andrang zu den Kursen. Zu einem Vortragsschluss über das Papier wurde eine Autorität der Papierbranche, Herr Dr. phil. Klemm, gewonnen. Die Vorträge, die in der Gutenberghalle außerhalb der üblichen Vortragsabende stattfinden, erfreuen sich eines regen Besuchs und außerordentlicher Aufmerksamkeit. Damit wurde einem längst gestifteten Bedürfnisse Rechnung getragen. Der Geist ist ein reger, und auch die Teilnahme an Verbandsleben eine erfreuliche, was bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich zum Ausdruck kam.

Mainz. Die Bezirksversammlung vom 27. April hatte eine interessante Tagesordnung, u. a. die Berichts-

erfassung über die Tarifausschlußsitzung, aufzuweisen. Im Hinblick auf den Umstand, daß in dieser Tarifausschlußsitzung die gegenwärtige gewerbliche Situation lebhafter Erörterung fand, wäre es Pflicht eines jeden Kollegen gewesen, sich über den Stand der Dinge zu informieren. So ließ aber der Besuch der Versammlung zu wünschen übrig. Nach der üblichen Einleitung gab Vorsitzender Conradi die Veränderungen im Apporthe bekannt. Aus einem Vergleiche der Zahl der hier konditionslosen Seher mit der der Drucker ist ersichtlich, daß der Beschäftigungsstand für letztere Sparte kein glänzender ist. Es wurde deshalb kritisiert, daß eine hiesige Firma auf dem Interatenwege mehrere Maschinenmeißer sucht, obwohl der Bedarf sicher durch den Arbeitsnachweis gedeckt werden könnte. Den auf dem Nachweisse entragenen Druckern wurde aufgegeben, sich ebenfalls bei dieser Firma um Konfession zu bemühen. Mit Genugthuung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß bei dem Abschlusse des ersten Quartals keine Restanten zu verzeichnen waren. Wie alljährlich, so ist auch in diesem Jahre die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß der gesamte Nachwuchs in den Verband eintrat. Zwölf junge Kollegen wurden in die Organisation aufgenommen, während ein Aufnahmegeruch zurückgestellt und ein weiteres wegen des unfarftlichen Arbeitsverhältnisses des jungen Gehilfen, gegen das Schrift unternommen werden sollen, abgelehnt wurde. Für die neuausgewählten Kollegen fand eine besondere Versammlung statt, in der diese mit den Zwecken und Zielen des Verbandes und dem Wesen der Tariftgemeinschaft vertraut gemacht wurden. Da sich diese Einrichtung bewährt hat, sollen noch weitere Zusammenkünfte mit zweckentsprechenden Vorträgen für die jungen Kollegen arrangiert werden. Mehrere Angelegenheiten farftlicher Natur und Hinweise auf örtliche Veranstaltungen bildeten den Schluß des ersten Punktes. Sodann berichtete Gehilfenvertreter Pörten (Frankfurt a. M.) über die Tagung des Tarifausschusses. Besonders ausführliche Darlegungen widmete der Redner der Stellungnahme des Tarifausschusses zur gewerblichen Lage und zu den bekannten „Wünschen“ des Gutenbergbundes, und verbreitete sich anschließend über die weiteren Beratungspunkte der Sitzung. Mit Befriedigung nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die skrupellose Tätigkeit des Gutenbergbundes von dem Tarifausschusse verurteilt und seinen „beseidenen“ Wünschen ein gehöriger Dämpfer aufgelegt wurde. An das beifällig aufgenommene Referat knüpfte sich eine Ausprache, die in der Hauptfache konform mit den Ansichten des Referenten ging. Mit dem Dank an den Referenten fand die Versammlung ihren Abschluß.

G. Mannheim. Inre am 26. April abgehaltene Mitgliederversammlung hatte wiederum einen guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Laifer den verstorbenen Kollegen Johannes Schulz und Oskar Becker einen warmen Nachruf. Inre „Armeen“ wurde wieder vergrößert, durch Aufnahme von sieben neuangewählten Kollegen. Der Bericht über die Abrechnung der Bezirkskaffe pro erstes Quartal verurteilte Kaffierer Huber. Das Vermögen stieg von 10778,86 Mk. auf 11338,85 Mk. bei einem Mitgliederbestande von 507. Dem Kaffierer wurde Decharge erteilt. Dem Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollege Nemann. Eine größere Debatte rief die Aufstellung des Arbeitersekretärs Böttger als Kandidat zum badischen Landtage hervor. Die Versammlung zeigte ihr Einverständnis hierzu insofern, als durch die notwendig werdende Aufstellung eines dritten Sekretärs keine Beitragserhöhung entstehen dürfte. Sierauf folgte ein Vortrag des städtischen Kammerfallendirektors Herrn Dr. Wichert über das Thema: „Der Arbeiter und die Quellen der Bildung“. Der Referent verband es, die Zuhörer durch seine Vortragsweise an sich zu fesseln, und die Versammlung geleite auch am Schlusse nicht, dem Vortragenden reichen Beifall zu spenden. Kollege Laifer dankte dem Referenten für seinen lehrreichen Vortrag. Herrn Dr. Wichert sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. Den Schluß der Versammlung bildete eine Afsäre, welche sich in der Handelsdruckerei Käb abspielte, wo eine Anzahl Kollegen wegen angeblicher Beleidigung des Herrn Käb dem Personale gegenüber die Arbeit auf zwei Stunden ruhen ließen. Die Beleidigung erfolgte indirekt, und ohne eine Verständigung mit Herrn Käb herbeizuführen, wurde die Arbeit niedergelegt. Die betreffenden Kollegen wurden deshalb auch mit ihrer Klage gegen die Firma vom hiesigen Tariftschiedsgericht abgewiesen.

Mannheim. (Vereinigung der Stereotypenre und Galvanoplastiker im Gau Mittelrhein.) Inre Generalversammlung fand am 20. April in Mainz statt. Sie wies einen sehr guten Besuch auf. Von 44 im Gau unsrer Sparte angeschlossenen Kollegen waren 41 erschienen; außerdem eine farftliche Anzahl Gäste aus Mainz, Frankfurt und Mannheim. Nachdem Vorsitzender Brasse (Mannheim) die Versammlung eröffnet und die erschienenen begrüßt hatte, wünschte Bezirksvorsitzender Conradi (Mainz) der Versammlung einen guten Verlauf. Diesem schlossen sich die Kollegen Winkes als Vertreter des Gaus Mittelrhein sowie Kollege Künzel (Frankfurt a. M.) im Namen unsrer dortigen Schwelgerorganisation an. Zunächst wurden geschäftliche Mitteilungen erledigt. Jahres- und Kassenberichte lagen gedruckt vor. Dem Kaffierer wurde Decharge erteilt, und darauf ging man zur Vorstandswahl über. Der gesamte Vorstand, die Technische Kommission sowie die Revisoren wurden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Die Technische Kommission hatte auch in diesem Jahre wieder eine Ausstellung arrangiert, welche an Mannigfaltigkeit nichts zu wünschen übrig ließ und der auch die ersten Arbeiten des im vergangenen Herbst neueröffneten Bleischneidesturkes beigelegt worden waren. U. a. konnte man auch Arbeiten des seit kurzem in unserm Gau eingeführten Tiefdruckverfahrens sowie auf der Prägepreffe

hergestellte Matrizen (Autotypen) mit Abgub bemerken, denen aber auch einige mit der Hand gezeichnete Arbeiten gegenüberstanden. Die reiche Besucherliste ließ es denn auch an Anerkennungen für die Arbeiten nicht fehlen; ein Beweis, daß das Arrangement lehrreich und zufriedenstellend war. Die Einteilung der Bezirke blieb bestehen, und die Wahl der betreffenden Vertrauensleute wurde den örtlichen Versammlungen überlassen. Eine längere Debatte entspann sich über die in Leipzig und Frankfurt vorgenommenen Differenzen der Galvanoplastiker, hauptsächlich aber über den in Frankfurt zustande gekommenen Sonderarif. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die am 20. April 1913 in Mainz im Brauhaufe ‚Zum Gutenberg‘ abgehaltene zweite ordentliche Generalversammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker des Saas Mittelrheins verurteilt einstimmig den in Frankfurt a. M. - Offenbach abgeschlossenen Sonderarif, sowie dieser unter den dortigen Firmeninhabern und Galvanoplastikern zustande gekommen ist, und bittet die nach dort Stellung annehmenden Kollegen, nur dann anzufangen, wenn nicht nur ihnen, sondern auch den unter sonst ähnlichen Bedingungen arbeitenden Kollegen gegenüber einheitlich der deutsche Buchdruckerarif schriftlich anerkannt wird.“ Nach beendeten Verhandlungen fand ein gemeinschaftliches Mittagessen statt, woran sich, da die geplante Besichtigung des Gutenbergmuseums wegen Umzugs ausfallen mußte, ein Spaziergang durch die Stadt angeschlossen. Eine von den Mainzer Kollegen gutgenutzte Abendunterhaltung, zu welcher sämtliche Buchdruckerkorporationen von dort eingeladen waren und bei der der „Gutenberg“ durch seine zu Gehör gebrachten Vorträge sich im Sturm die Sympathie aller Gäste eroberte, hielt die Kollegen bis zur Heimreise zusammen. Allen Kollegen, welche zur Förderung unserer Sache mit beigetragen haben, sei an dieser Stelle für Mühe und Arbeit gedankt mit der Bitte, auch im laufenden Jahr auf dem Posten zu sein. Für die Besichtigung der Mainzer Verlagsanstalt sei auch hier unser bester Dank gesagt.

Markneukirchen (Vogl.). (Vierteljahrsbericht.) Unsere am 13. Februar abgehaltene erste Monatsversammlung hatte sich eines weniger guten Besuchs zu erfreuen als die vorangegangene. Schuld daran mochte wohl das schlechte Wetter und dazu der weite Weg ins Versammlungsort sein. Zur Erledigung gelangten nur einige Punkte lokaler Natur. Von der Feier des Stiftungsfestes wurde abgesehen; an Stelle dessen entschloß man sich, am Samstag einen Ausflug „ins Böhmisches“ zu veranstalten, der bei herrlichem Wetter und vollzähliger Beteiligung den besten Verlauf nahm. — Die am 13. März stattgehabte Versammlung hatte sich wiederum eines vollzähligen Besuchs zu erfreuen. Nach der Protokollverlesung wurden die Berichte unserer Gewerkschaftsbelegierten, Kollegen Simmerer und Söhner, entgegengenommen. Ebenso erklärte man sich mit dem Berichte des Bistreibehers einverstanden. Unter „Verschiedenem“ gelangte eine Einladung zum Johannisfest unserer benachbarten österreichischen Kollegen in Eger zur Sprache. — Noch besser als die vorhergehende Versammlung war unsere für den 10. April einberufene Monatsversammlung besetzt. Nach Genehmigung des letzten Protokolls erstattete der Kassierer den Kassenbericht für das erste Quartal, der mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Weiter wurde noch beschlossen, sich an dem Johannisfest in Eger korporativ zu beteiligen. Einige Punkte lokaler Natur fanden noch unter „Verschiedenem“ ihre Erledigung. Mögen auch in Zukunft unsere Versammlungen ein so reges Interesse bekunden!

Bl. München. (Korrektorenversammlungen.) Am 13., 20. und 27. April fanden für die Mitglieder des Bayerischen Korrektorenvereins Bezirksversammlungen statt. Die Mitglieder in Dachau, Freising und München versammelten sich am 13. April in München, diejenigen von Augsburg, Donauwörth, Kempten und Nördlingen am 20. April in Augsburg und die Mitglieder von Ansbach, Erlangen, Nürnberg und Würzburg am 27. April in Nürnberg. In diesen Versammlungen wurden nach Aufnahme von drei Kollegen in München und drei Kollegen in Nürnberg die Jahresberichte für 1911 und 1912 ohne Einwendung zur Kenntnis genommen und dann kurz über die Verhältnisse an den einzelnen Orten berichtet. Die im Vorjahr aufgenommene Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Korrektoren Bayerns fand entsprechende Beachtung und die notwendigen Anwendungen wurden daraus gezogen. Nach einem Vortrage des Kollegen Karl Blaßendrei über: „Die Entwicklung der Angestelltenversicherung, deren Aufbau und deren Leistungen gegenüber der Reichsversicherungsordnung“ wurde nach kurzer Debatte der Ansicht des Vortragenden zugestimmt, daß in Anbetracht der minimalen Leistungen und der hohen Beiträge der Angestelltenversicherung und der eigenartigen Entscheidungen der maßgebenden Behörden über die Frage, ob die Korrektoren im Sinne dieses Gesetzes versicherungspflichtig sind oder nicht, die Korrektoren nicht das geringste Interesse haben können, aus der Reichsversicherungsordnung in die Angestelltenversicherung übernommen zu werden. Dann wurden noch die „Mitteilungen“ Nr. 39 und 40 der Zentralkommission zur Kenntnis genommen und deren Inhalt besprochen. Die gegenseitige Aussprache zeigte, daß von allen Kollegen den die Interessen der Korrektoren betreffenden Fragen die notwendige Beachtung geschenkt wird. — Am 26. April fand in Regensburg die erste Versammlung der dort neugegründeten Ortsgruppe statt, in der zehn Kollegen aufgenommen werden konnten, so daß fast alle dort beschäftigten Korrektoren Mitglieder des Bayerischen Korrektorenvereins sind. Die Berichtsgegenstände waren die gleichen wie in den Bezirksversammlungen.

Nürnberg. (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) Im ersten Vierteljahre wurden drei Versammlungen abgehalten. Der Versammlungsbericht ist er-

freilichsweise ein besserer zu nennen als im vergangenen Jahre, könnte jedoch im Interesse des Ganzen ein noch besserer werden. In der Februarversammlung hielt ein Kollege einen Vortrag über den Bogenauführungsapparat „Auto“ von der Firma Fischer & Kresche (Bielefeld). Redner schilderte an der Hand von Zeichnungen, die uns von der betreffenden Firma in liebenswürdiger Weise zugesandt worden waren, das praktische Arbeiten am genannten Apparat und hob die Einfachheit und wenige Kraft hervor, die dieser Apparat erfordert. Der erste Apparat dieser Firma wurde im Jahre 1894 patentiert. — Im März wurde die lechzehnjährige Rotationsmaschine „Pony“ bei der Firma Wilsen („Nordbayrische Zeitung“) in Gürlich besichtigt. In der darauffolgenden Versammlung in Gürlich hielt Kollege Klein ein Referat über: „Rotationsmaschinen“. Zu diesem Vortrage hatten uns die Firmen König & Bauer (Würzburg) sowie die Maschinenfabrik Augsburg Material (Photographien und Zeichnungen) von verschiedenen Maschinen überlassen. Anschließend daran gab Kollege Frankenheim sen. noch einige praktische Winke und Erfahrungen an verschiedenen Maschinen sowie über Bänder- und bänderlose Maschinen zum besten. Seiden Kollegen wurde für ihre in sehr verständlicher Weise gehaltenen Referate allgemeiner Beifall gezollt. Allen hier genannten Firmen sei an dieser Stelle für die liebenswürdige Zufassung des Anbahnungsmaterials nochmals bestens gedankt. Besonderen Dank auch dem Verlage der „Nordbayrischen Zeitung“ für das uns bewiesene Entgegenkommen. Ausgenommen wurden 13 Kollegen, davon neun Kollegen von Bamberg. Weitere Vorträge und Besichtigungen sollen in nächster Zeit noch stattfinden. Der eingangs erwähnte Vortrag über den Bogenauführungsapparat „Auto“ wurde auch am 6. April vom Kollegen Abel in Ansbach gehalten.

Rudolfsbad. In der Monatsversammlung am 19. April lagen drei Gesuche von Neuausgelernten zur Aufnahme in den Verband vor. Unser „Mitteilungsblatt“ wurde u. a. ein Rundschreiben der „Sommerzeitzentrale „Saraffi“ für gezielte Einführung einer deutschen Sommerzeit“ mit dem Hinweis auf reger Einzeichnung bekanntgegeben. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete der Vortrag des Herrn Arbeitersekretärs Otto über die „Vollstufzürsorge“. Daß Redner einen vollen Erfolg erlebte, bewies die Zustimmung der Versammlung, sich, wenn die „Vollstufzürsorge“ ihren Betrieb eröffnet habe, auch an der nötigen Kleinarbeit beteiligen zu wollen. Die Vehringskala wird von den hiesigen Firmen voll ausgenutzt, von einer logar bezüglich der Seherlehrlinge überschritten, so daß deswegen die Tarifinstanzen angerufen wurden. Die abgewiesene Schiedsgerichtsfrage eines Kollegen wegen sofortiger Entlassung war Gegenstand einer längeren Debatte. Von 116 Mitgliedern waren 64 amwesend.

-r. Bezirk Siegen. Am 27. April tagte in Behdorf unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung, zu welcher von Siegen 38, Waldbrunn 2, Dhrp 3, Altscheid 1, Wissen 4, und Behdorf 4 Kollegen erschienen waren. Ein Neuausgelannter konnte dem Gausvorstand zur Aufnahme empfohlen werden. Der Vorsitzende erstattete einen kurzen Situationsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Geschäftsfrage gegenüber dem Vorjahr eine bessere und insolgedessen eine Zunahme von Mitgliedern zu konstatieren ist. Aus dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht war zu ersehen, daß die Kassenverhältnisse im Bezirke gute sind. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Unser Gausvorsitzer Albrecht (Köln) hielt sodann in freierlicher Weise einen Vortrag über das Thema: „Die Gesellenverbände und die Bruderschaften als die Vorläufer der gewerkschaftlichen Organisationen“. Ebenso machte er einige Mitteilungen über die Tagung des Tarifausschusses in Berlin. Die Versammlung verfolgte die Ausführungen mit Interesse und spendete dem Vortragenden am Schluß reichen Beifall. Zu den gestellten Anträgen zur Generalversammlung wurde Stellung genommen und dem Gausvorsitzer noch verschiedene Wünsche mit auf den Weg gegeben. Die anregend verlaufene Versammlung wurde mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

o o o o o Rundschau o o o o o

Freigabe des dritten Pfingstfeiertags. Zum dritten Male gab in Magdeburg die Buchdruckerei Karl Griesche (Inhaber Oskar Griesche, Hofbuchdrucker) ihrem Personale den dritten Pfingstfeiertag bei voller Bezahlung frei.

Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Leipzig 1914. Die Anmeldungen zur Industrieabteilung auf der Internationalen Buchgewerbeausstellung gehen so lebhaft ein, daß die Ausstellungsleitung schon jetzt in verschiedenen Gruppen eine endgültige Medienschrift festlegen muß, um über die Plätze disponieren zu können. Als Schlusstermin für die Anmeldungen ist daher der von Anfang an festgesetzte Tag beibehalten worden. Es empfiehlt sich, den Termin einzuhalten, da Nachfragen nach bevorzugten Plätzen und sonstige besondere Wünsche später wohl kaum noch zu den jetzigen günstigen Bedingungen berücksichtigt werden können. Ferner wird der internationalen Buchgewerbeausstellung auch eine Kolonialausstellung angegliedert, die als große Sondergruppe vom Reichskolonialamt veranstaltet wird. Der Staatssekretär des Reichskolonialamts hat nun die Gouverneure der deutschen Schutzgebiete in Daresalam, Windukh, Bura, Rome, Apia und Rabaul angewiesen, die Buchgewerbeausstellung zu besichtigen, und zwar, wie in dem Erlaß ausdrücklich betont wird, in Anbetracht der Bedeutung der Ausstellung. Es soll die graphische Befähigung der eingeborenen und weißen Bevölkerung der Schutzgebiete gezeigt werden, wobei ferner

das Schriftwesen und die gesamten graphischen Erzeugnisse der Eingeborenen, wie Briefe, Schreibtafeln, Schreibzeuge, Schriftproben, Schulleistungen, Zeichnungen, Photogrammen, Anzeichen, z. B. von Druckereien, Schulen u. dgl., zur Ausstellung kommen. Derartige Gegenstände lassen sich wohl in jedem Schutzgebiet in größerer Menge leicht beschaffen. Auch werden die Missionen mancherlei aus ihren Schulen zur Verfügung stellen können, wie einheimische und deutsche Bibeln, Bibeln, Druckschriften in den verschiedensten Dialekten, Schreibbücher, Tafeln usw. In Betracht kommen ferner die im amtlichen Verkehr mit den Eingeborenen gebräuchlichen Formulare, wie Vorladungscheine, Schlußbriefe, Bekanntmachungen usw., ferner die in den Schutzgebieten erscheinenden Zeitungen, die Amtsblätter, die Landesgesetzgebung u. a.

Fahrradhändler als Feinde der Konsumgenossenschaften. Das Fahrrad ist ein Massengebrauchsartikel geworden. In Deutschland schätzt man die Zahl der gebrauchten Personen auf etwa 6 Millionen, und etwa 17000 Fahrradhändler besaßen sich mit dem Betriebe der einschlägigen Industrien. Der Umsatz auf dem Fahrradmarkt befreit sich auf viele Millionen Mark, und das Fahrrad heute fast nur noch in Arbeiterkreisen Abnehmer findet, sind es die Arbeiter, die der Benachteiligung durch den preisverweigernden Kleinhandel ausgeklagt sind. Um letzteres zu verbüten, hat vor einigen Jahren schon eine Anzahl Berliner Arbeiterfahrräder eine Konsumgenossenschaft für Radfahrer gegründet, die den Zweck verfolgte, den Arbeitern zu angemessenen Preisen reelle und gute Waren der Fahrradbranche zu vermitteln. Das Unternehmen fand Anklang und wurde später vom Arbeiterfahrrädersbund „Solidarität“ übernommen; es führt heute den Namen „Fahrradhaus Gricchau“ und besitzt in Offenbach a. M. dem Orte des Bundes, ein eignes Gebäude mit großem Lager und unterhält an 20 größeren Orten Deutschlands selbständige Filialen und etwa 200 Verkaufsstellen. Der Umsatz ist in wenigen Jahren riesenhaft emporgesekien und betrug 125000 Mk. im Jahre 1912. Der Reingewinn fließt in die Kasse des Arbeiterfahrrädersbundes. Das Unternehmen beschäftigt heute schon etwa 100 Personen zu tariflichen Löhnen und bei achtfündiger Arbeitszeit. Die Fahrradhändler fühlen sich nun in ihrer Existenz bedroht; sie glauben ein Anrecht auf den alleinigen Vertrieb der Fahrräder zu besitzen. Sie laufen deshalb gegen das Unternehmen Sturm und suchen ihm, da sie sonst nichts unternehmen können, den Warenbezug abzuschneiden. Sie verlangen, daß die Fabrikanten an das Unternehmen des Arbeiterfahrrädersbundes keine Waren liefern, und der größte Teil der Fabrikanten ist eine dahingehende Verpflichtung den Händlern gegenüber eingegangen. Die Fabrikanten, die an die Genossenschaft liefern und die nach einem Auspruch in der Händlerzeitschrift „die Branche an die Sozialdemokraten ausliefern wollen“, sind von den Händlern boykottiert, und in jeder Nummer ihres Organs wird die strenge Durchführung des Boykotts empfohlen. Die Händler bekennen sich dabei ganz offen als Feinde aller Konsumgenossenschaften, ihr Ziel ist die Vernichtung des Fahrradhauses „Gricchau“, das sie durch den Preisunterbottung zu erreichen hoffen. Dem Arbeiterfahrrädersbund „Solidarität“ blieb unter diesen Umständen nichts andres übrig, als den Kampf gegen die Händler aufzunehmen und das Recht der Arbeiter, zur Wahrung ihrer Interessen Genossenschaften zu errichten, zu verteidigen. Gegen die genossenschaftlichen Händler, die den Boykott gegen die Genossenschaft anwenden, soll in der Notwehr mit demselben Mittel vorgegangen werden. Es haben dieserhalb Verhandlungen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stattgefunden. Diese hat anerkannt, daß es sich um einen Abwehrkampf handelt, der dem Arbeiterfahrrädersbund „Solidarität“ von der Händlerorganisation aufgezwungen ist. Alle organisierten Arbeiter werden deshalb eruchtet, dem Arbeiterfahrrädersbunde „Solidarität“ in dem Kampfe gegen die genossenschaftlichen Händler beizustehen und die Sache des Arbeiterfahrrädersbundes zu der ibrigen zu machen. Ein vom Arbeiterfahrrädersbunde herausgegebenes Flugblatt, das eine Sachdarstellung und die Namen der konsumvereinsfeindlichen Händler an den einzelnen Orten enthält, soll zur weitesten Verbreitung gebracht und an alle Arbeiter das Ersuchen gerichtet werden, die bezeichneten Händler zu meiden.

Christliche Gewerkschaftsneutralität. In Nr. 51 haben wir unter vorstehender Stichmarke eine kleine Blütenlese davon gegeben, wie in den christlichen Gewerkschaften der Begriff politischer und religiöser Neutralität „mihachtet“ wird. Ein weiteres interessantes Beweisdokument dieser Art bildet ein Wahlzettel des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, der in der „Rheinischen Volkszeitung“ vom 8. Mai abgedruckt war. Da findet man als Unterzeichnete die bekannten christlichen Gewerkschaftsführer Giesberts, Kloß, Joos, Meyer (Wiffelsdorf), Matthias Schiffer, Wieber, Israel (Köln) und Stegerwald. Selbst hervorragende Streiter für die Zentrumspartei. Selbstverständlich nehmen wir daran keinen Anstoß; nur machen wir diese Feststellung deshalb, weil ähnliche Personalunionen in Führern der freien Gewerkschaften und einer politischen Partei in der christlichen Gewerkschaftspretse fast ohne Ausnahme als Verletzung der politischen Neutralität demunziert werden. In dieser Gegenüberstellung kann man so recht die Heuchelei der „christlichen“ Herrschaften auf diesem Gebiet erkennen.

Gedämpfte Unternehmungslust. Wie die „Konjunktur“ berichtet, hat die anhaltende Geldknappheit und der von der äußeren Politik ausgehende Druck die gewerbliche Unternehmungslust in Deutschland stark gedämpft oder, um mit bekannten Worten deutlicher zu werden: zu einer außerordentlichen Zurückhaltung der Leistungen in Unternehmungskreisen geführt. Die Ursachen dieser Erscheinung

mo darin zu zeigen, daß teils die Beschaffung der notwendigen Kapitalien mehr Anstrengungen als sonst gekostet hätte und teils auch die Ausrichten auf hohe Profite nicht mehr so günstig lägen. Infolgedessen ist sogar die Tatsache zu verzeichnen, daß die Unternehmungslust im laufenden Jahre weit stärker zurückgegangen ist als im Jahre 1908, dem letzten Krisenjahre. Das ergibt sich aus einer vergleichenden Zusammenfassung der aufgewandten Kapitalien für Neugründungen und Kapitalserhöhungen in den vier ersten Monaten der Jahre 1907—1913, wo sich die gewerbliche Unternehmungslust folgendermaßen abwickelte:

Januar bis April	Neugründungen in Millionen Mark	Kapitalserhöhungen in Millionen Mark	Summe der Neugründungen
1907	236,19	283,04	519,23
1908	200,64	283,04	343,46
1909	249,95	142,76	392,71
1910	203,61	195,46	399,07
1911	212,44	262,66	475,10
1912	224,21	340,36	564,57
1913	185,33	146,11	331,44

In den wichtigsten Gewerbegruppen ergab sich für die ersten vier Monate im Jahre 1913 im Vergleiche zum vorigen Jahre hinsichtlich der Neuinvestitionen in Millionen Mark folgendes Bild:

	1912	1913	Zu bzw. Abnahme
Montanindustrie	46,82	18,97	- 27,85
Metalle, Maschinen	85,90	44,99	- 40,91
Elektrotechnische Erzeugnisse	6,09	6,92	+ 0,83
Gekunstigte- und Gasgesellschaften	60,43	37,35	- 23,08
Textilgewerbe	13,32	9,94	- 3,38
Baugewerbe	22,34	11,98	- 10,36
Holzgewerbe	10,80	4,01	- 6,88
Chemische Industrie	22,31	19,88	- 2,43
Banken	145,78	32,32	- 113,46
Verkehr	33,08	26,93	- 6,15

Aus dieser absteigenden Unternehmungslust ist mit einiger Sicherheit auf einen weiteren Rückgang der Produktion im allgemeinen zu schließen, und zweifellos wird unter Gewerbe nicht zuletzt darunter zu leiden haben. Denn bekanntlich sind Drucksachen ein Teil jener „Waren“, deren Verwendung bei Stagnation oder Rückgang der gewerblichen Unternehmungslust meist zuerst eingeschränkt wird.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. Im Unternehmerrage des deutschen Malergewerbes gehen eigentümliche Wandlungen vor sich. Wenn in verschiedenen Städten ist plötzlich die Aussperrung aufgehoben worden, weil die Malermeister es endlich satt haben, die triviale Machtprobe noch weiter mitzumachen. Auch sehen sie ein, daß es einen Tarifabschluß unter den Schiedsrichtern niemals geben wird und daß darum alle jeglichen Opfer vollständig nutzlos gebracht werden. Die Aufhebung der Aussperrung wird von den Unternehmern mit der größten Lust begrüßt und begrüßt, durch die die Gehilfen auf die Organisationszugehörigkeit verzichten sollen. Niemand ist den Arbeitern aber zugleich gesagt worden, daß sie ja trotzdem die Beiträge für den Verband ruhig weiter zahlen können. Kürzlich ist u. a. in Göttingen ein korporativer Arbeitsvertrag mit über den Schiedsgericht hinausgehendem Vorschlagsrecht abgeschlossen worden, und zwar mit der Ortsgruppe des Unternehmerversandes. In Göttingen hatte die Aussperrung sehr kräftig eingeleitet. Ein Versuch der Unparteilichen, neue Verhandlungen durch Einsetzung eines Schiedsgerichts in Gang zu bringen, indem außer ihnen noch je zwei Vertrauensleute der Parteien mitwirken sollten, ist gescheitert, weil sie verlangten, daß die Schiedsprüche dieses Schiedsgerichts für die Parteien von vornherein bindend sein sollten. Diese Bedingung ist sowohl von der Unternehmerversand als auch von der Arbeiterorganisation abgelehnt worden. Indessen wird trotzdem dieser Tage der Versuch einer neuen Verhandlung auf anderer Grundlage unternommen werden. Ob diese Bestrebungen von Erfolg sein werden, hängt wesentlich von der Stellung der Unternehmer ab. Diese müßten sich erst wieder auf den Boden der Schiedsprüche unter Beachtung der während der Aussperrung eingetretenen Veränderungen stellen.

Der Dank vom Hause Habsburg für die Kirch-Dunkerischen. Dieser Tage hielten die Kirch-Dunkerischen Gewerbevereine in Berlin ihren 18. Verbandsstag ab. Aber den Verlauf dieser Tagung im allgemeinen werden wir demnächst an anderer Stelle einen besonderen Bericht bringen; aber einen sehr beachtenden Zwischenfall, der durch das Auftreten eines Regierungsvertreteres hervorgerufen wurde, halten wir im voraus einer kurzen Berichtserstattung für würdig, weil sich darin eine so typische Kennzeichnung des Standpunktes der Reichsregierung gegenüber der Arbeiterbewegung einschließt, daß die Arbeitererschaft nicht früh genug davon unterrichtet werden kann. Nach dem Berichte der „Frankfurter Zeitung“ reiben sich die diesbezüglichen Tatsachen wie folgt aneinander: In einer Begrüßungsrede dankte der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Stadtverordneter Goldschmidt (Berlin), besonders der Regierung für die Entsendung eines Vertreters und betonte, daß die Kirch-Dunkerischen Gewerbevereine auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung stehen und sich dadurch um das Wohl der Nation mehr verdient machen als die Bewegung, „die links von uns einen einseitigen Klassenkampf pflegt, und die Bewegung, die rechts von uns dem Einflusse des Papstes unterliegt.“ Darauf erwiderte im Namen des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern Geheimrat Siefert in sehr abgemessener Weise und schloß mit den bemerkenswerten Worten: „Es ist nicht üblich, daß ein Regierungsvertreter in die Debatte eingreift bei solchen Tagungen. Ich bitte Sie deshalb, aus meinem Schweigen keinerlei Schlüsse zu ziehen.“ Diese Worte veranlaßten den Regierungsvertreter aber sehr schnell wieder. Denn

kaum hatte nachher ein Referent, der über das Rechtsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer einen Vortrag hielt, in welchem auch die Faltung der Regierungen in offener Weise beleuchtet wurde, seine Ausführungen beendend, so erhob sich der schon genannte Regierungsvertreter und hielt sich verpflichtet, in offensiver Weise gegen verschiedene Ausführungen des Referenten zu protestieren und die Erwartung auszudrücken, daß der Vorsitzende die nach seiner Ansicht zu weitgehende Kritik gegenüber der Regierung richten werde, andernfalls er den Verhandlungen nicht mehr weiter beiwohnen könne. Der Leiter der Verhandlungen, Hartmann, fand jedoch dazu keine Veranlassung. Er vertrat in anerkennenswerter Weise das Recht der Arbeiter, sich unter sich frei auszudrücken zu dürfen. Da verließ Herr Siefert und ein noch anwesender Senatspräsident des Reichsverversicherungsamts den Saal. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen stellten sich sämtliche Diskussionsredner auf den Standpunkt des Referenten, dessen Ausführungen dem Regierungsvertreter so übel in den Ohren geklungen hatten. Und trotz der größten Bemühungen des Vorsitzenden vom geschäftsführenden Ausschusse, Goldschmidt, lehnte es der Verbandsstag ab, zu dem Vorfalle einen besonderen Beschluß zu fassen. Es hat also auch das aufdringliche Behauptungs, „vom Stehen auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung“ die Kirch-Dunkerischen Gewerbevereine nicht davor bewahrt, bei der Regierung in Ungnade zu fallen. Das geschieht ihnen aber auch ganz recht. Denn wer auf dem Standpunkte steht, daß das heutige Recht in Deutschland für die Arbeiterschaft nicht das beste sei, wer da glaubt, daß die Verwendung von Militär und Polizei bei Streiks und Ausperrungen nicht einzig und allein im Interesse der Arbeiterschaft liege, und wer gar glaubt, daß die vielen harten Urteile wegen Streikvergehen gegen die Arbeiterschaft und die meist lächerlich geringen Strafen gegen die Unternehmer wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung usw. nicht ebenfalls nur zum Besten der Arbeiterschaft dienen sollen, der steht eben einfach nicht auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung. Und wenn solche Leute auch noch weder rechts noch links davon stehen wollen, so haben sie überhaupt keinen Standpunkt. Da kann schließlich auch ein Regierungsvertreter nichts Besseres tun, als davonzulassen und — zu streiken.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Der am 19. April von der Polnischen Berufsvereinigung begonnene Streik der ober-schlesischen Bergarbeiter ist resultatlos nach dreiwöchiger Dauer zusammengebrochen. Mehr als 70000 Arbeiter hatten gestreikt und mußten nun ohne jeden Erfolg das alte drückende Arbeitsloch wieder auf sich nehmen. Kurzlich rächten sich bei dieser Bewegung die sogenannten „Wohlfahrtsvereine“ der Unternehmer, denn sie wurden zur Geißel, die die Arbeiter zum größten Teil zur Unterwerfung brachten, indem ihnen durch deren sofortigen Entzug die Ergriffenheit abgeschwächt wurde und die Arbeiter mangels genügend gewerkschaftlicher Organisation vollständig machtlos waren. Nur ist die Empörung der polnischen Bergarbeiter gegen ihre Berufsvereinigung grenzenlos. Die Armut ist unbeschreiblich. Keine Unterfützung von der Organisation. Der rückständige Lohn wird für Kontraktbrüche und für Miete einbehalten. Die polnische Organisation ist nur noch ein Trümmerhaufen. Der alte (freie) Bergarbeiterverband hielt am zweiten Pfingstfesttage mehrere Versammlungen ab, die zahlreich besucht waren. Allgemeine Befriedigung löste es namentlich bei den Frauen aus, als sie hörten, welche Unterfützungsätze vom Verbandsrat geschätzt worden sind. Die Verbandsmitglieder haben überall die Arbeit aufgenommen und sind der Parole gefolgt. Die Gendarmen sind teilweise zurückgezogen. Die Breslauer Schußleute sind aber noch alle im Streikreviere.

Gestorben.

In Berlin am 26. April der Seher Louis Lehmann aus Neudamm, 57 Jahre alt — Gehirnschlag; an demselben Tage der Seherinvalide Hermann Lemke aus Potsdam, 67 Jahre alt — Gehirnschlag; am 27. April der Drucker Artur Czerniewski aus Rätzschau, 25 Jahre alt — Tod durch Erhängen; an demselben Tage der Seherinvalide Ernst Meyer aus Uzen, 71 Jahre alt — Herzlähmung; am 29. April der Drucker Oswald Kaufmann aus Dahme, 21 Jahre alt — Lungenentzündung; am 30. April der Seherinvalide Alexander Sandel von dort, 55 Jahre alt — Leberleiden; an demselben Tage der Seher August Meibel aus Köslin, 42 Jahre alt — Lungenentzündung; am 1. Mai der Stereotypverleger Karl Eigendorff aus Rohleben, 54 Jahre alt — Tod durch Überfahren; am 5. Mai der Seher Karl Marthauer aus Sildesheim, 31 Jahre alt — Gehirnerweichung.

In Göttingen der Buchdruckereibesitzer C. Michael. In Königsberg i. Pr. am 29. April der Buchdruckereibesitzer Eduard Duab, 78 Jahre alt.

In Rrimmitschau am 2. Mai der Buchdruckereibesitzer Gustav Raab, 29 Jahre alt.

In Leipzig am 5. Mai der Schriftsetzer Alfred Lindner aus Leipzig-Neußellerhausen, 21 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Polen der Seher Edmund Sremski, 19 Jahre alt.

In Pöschappel am 10. Mai der Seher Paul Baumgarten, 41 Jahre alt.

In Larnowik der Buchdruckereibesitzer Hermann Sauer, 67 Jahre alt.

In Sülbigen am 11. Mai der Seher Leopold Lipus, 28 Jahre alt.

In Wilschburg der Buchdruckereibesitzer Georg Merkel, 62 Jahre alt.

In Wolfenbüttel am 7. Mai der Buchdruckereibesitzer Ernst Fischer, 45 Jahre alt.

Briefkasten.

S. K. in Göttingen: Niemand kann Sie zwingen, sich jenen Beschlüsse zu fügen. Damit findet die Sache ihre Erledigung von selbst. — M. B.: Am die Erteilung der Anleihebescheinigung brauchen Sie nicht zu bitten, sie muß Ihnen erteilt werden. Das machen Sie unter Berufung auf die in unsem Artikel angezogenen gesetzlichen Bestimmungen nur Ihrem hochwohlwollenden Stadtrath klar. An die Ablegung der Geßellenprüfung ist die Erteilung der Bescheinigung während der Gültigkeit der gesetzlichen Übergangsbestimmungen (bis einschließlich 30. September 1913) gleichfalls nicht gebunden. Die Kenntnis dieser Materie läßt bei den Behörden beinahe alles zu wünschen übrig. — A. Sch. in St.: Artikel eingegangen, es fehlt aber ein Ausweis über Ihre Mitgliedschaft; bitten nachzuholen. — S. K. in K.: Besten Dank! — W. S. in St.: Das nennt man auf deutsch Doppeltgütigkeit der Einfälle. Es kommt aber noch anders, denn andernorts hat man eine andre Ansicht darüber. — S. Schw. in Nancy: Beides erhalten; doch fehlt genauere Adresse. Frdl. Gruß! S. — O. W. in Polen: 1,85 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Erzgebirge-Bohland. (Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Abgegebene Stimmen 1372, absolute Mehrheit 687. Es erhielten Stimmen: Große (Chemnitz) 1003, Döhnel (Chemnitz) 915, Kasser (Zwickau) 825, Meißner (Blauen) 528, Eisenpfläzer (Chemnitz) 364. Erstere drei sind somit gewählt.

Gau Rheinland-Westfalen. (Delegiertenwahl zur Generalversammlung.) Abgegebene gültige Stimmgelt 6357. Es erhielten Stimmen: Emil Albrecht 6129, Heinrich Born 5225, Jakob Erkelenz 5102, August Schippers 5032, Theodor Baldus 4895, Heinrich Marschal 4879, Otto Krauß 4874, Ewald Müller 4840, Louis Lorenz 4709, Eugen Sächere 4639, Joseph Vertram 4632, Bernhard Meister 4412, Andreas Wilms 4366, Walter Leß 4347, Ideon Friedemann 4220, Peter Neu 3973, Rudolf Palekhi 3933, Rudolf Kunz 3927, Wilhelm Kiefer 3624, Karl Lehmann 3085, Peter Mojs 2828, Heinrich Schippers 2716, Wilhelm Nepech 2641, Jean Rothkamp 1865. Die ersten 16, deren Namen gefolgt, haben die absolute Mehrheit und sind gewählt. Als Stellvertreter fungieren die nächstfolgenden Kollegen ihrer Stimmenzahl entsprechend.

Gau Westpreußen. Als Delegierter zur 8. Generalversammlung wurde Gausortseher Fr. Nagrochki mit 390 von 406 abgegebenen Stimmen gewählt.

Erfurt. Am die Adresse des Sehers, Walter Schübe, wurde in, Sonneberg, (S-M.) in Stellung, am 28. März, eines, Schiedsgerichts, an den Schiedsgerichtswohnsitzenden Adam Smitig, Blicherstraße 3 d p., wird gefeben.

Eisen. Der Seher Paul Seferath aus Gotha (Hauptbuchnummer 50268) hat die hier wieder erhaltene Krankenerweiterung in Befrage von 14 Mk. bis heute noch nicht zurückgezahlt, weshalb die Herren Kassierer resp. Reichsleiter ersucht werden, diesen Befrag von S. einzuziehen und postfrei an M. Adamczewski, Severinstraße 42, einzuliefern sowie über die Erledigung dieser Post ein entsprechende Bemerk in sein Buch einzutragen.

Hannover. Im Anhang des Aufschusses des Schweizerdegens Willi Wims aus Münchehof an den Kassierer Th. Ehrhardt, Nikolaistraße 7 II., wird ersucht. Die verehrlichen Verbandsfunktionäre wollen den Kollegen hierauf aufmerksam machen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeliegte Adresse): In Pippstadt der Seher Max Schmidt, geb. in Soldin (Neumark) 1895, ausgal. da. 1913; war noch nicht Mitglied. — In Sersford der Drucker Heinrich Groß, geb. in Zeulenroda 1861, ausgal. da. 1879; war schon Mitglied. — Walter Leß in Bielefeld, Rohrlischstr. 67 I. In Pyrmont der Seher Michael Eichenhuber, geb. in Nauhahn 1871, ausgal. in Miesbach 1890; war schon Mitglied. — Th. Ehrhardt in Hannover, Nikolaistraße 7.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht vom Monate März 1913. a) Auf der Reise: Übernommen vom vorübergehenden Monate 118 Mitglieder, aus Kondition kamen 171, aus gegenseitigen Vereinen 61 (32 Verbands- und 29 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Dänemark 3 Verb.- und 3 gegen. Mitgl., aus Frankreich 1 gegen. Mitgl., aus Lauenburg 2 Verb.- und 2 gegen. Mitgl., aus Norwegen 1 gegen. Mitgl., aus Österreich 25 Verb.- und 14 gegen. Mitgl., aus der Schweiz 2 Verb.- und 7 gegen. Mitgl., aus Ungarn 1 gegen. Mitgl.), aus konditionslosem Aufenthalt kamen 33, krank waren 6, zusammen 389 Mitglieder (340 Verb.- und 49 gegen. Mitglieder, hierunter 3 Dänen, 1 Franzose, 3 Italiener, 2 Kroaten, 1 Luxemburger, 1 Norweger, 20 Österreicher, 2 Schweden, 9 Schweizer und 7 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 389 Mitgliedern hatten vorher gefolgt: 12 6—12 Beitr., 109 13—49 Beitr., 35 50—74 Beitr., 35 75—99 Beitr., 59 100—149 Beitr., 122 150—499 Beitr., 9 500—749 Beiträge und 5 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. Es trafen wieder in Kondition 122 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 71 (53 Verb.- und 18 gegen. Mitglieder, und zwar nach Amerika 1 Verb.- und 1 gegen. Mitgl., nach Dänemark 2 Verb.- und 1 gegen. Mitgl., nach Holland 1 Verb.- Mitgl., nach Österreich 40 Verb.- und 10 gegen. Mitgl., nach

der Schweiz 9 Verb. und 6 gegen. Mitgl.), bei Schluß des Verichts verblieben konditionslos am Orte 50, krank wurde 1, ausgeheuert 4, zum andern Berufe trat über 1, auf der Reise verblieben 140, zusammen 389 Mitglieder, und zwar 289 Geher, 90 Drucker, 4 Geher, 2 Stereotypen, 3 Galvanoplastiker und 1 Stempelschneider. Außerdem waren nach den Angaben der Reisekassenwälder 5 Nichtbezugsberechtigte (darunter 2 Drucker) und 30 Ausgeheuerte (darunter 6 Drucker) auf der Reise. Es wurden verausgabt: An 188 Mitglieder für 2535 Reisetage (grüne Leg.) a 1 Mk. = 2535 Mk., an 201 Mitglieder für 2348 Reisetage (weiße Leg.) a 1,50 Mk. = 3522 Mk., an Porto 11,60 Mk., an Remuneration 104,20 Mk., in Summa 6172,80 Mk., hiervon 5488,80 Mk. an Verbands- und 684 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 13 Mk. an Dänen, 6 Mk. an Franzosen, 8 Mk. an Italiener, 4 Mk. an Kroaten, 11 Mk. an Luxemburger, 38 Mk. an Norweger, 363 Mk. an Österreicher, 50 Mk. an Schweden, 92 Mk. an Schweizer und 99 Mk. an Ungarn. — In Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1913 an 389 Mitgl. 4883 Tage = 6172,80 Mk.
1912 " 304 " 3257 " = 4245,20 "

mehr 1913 an 85 Mitgl. 1626 Tage = 1927,60 Mk.

b) Am Ort: Abgenommen vom vorhergehenden Monate 1039 Mitglieder, neu hinzugekommen 1848, zusammen 2887 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 715 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 1642 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 316 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 214 Mitglieder bis zu 280 Tagen. Es trafen wieder in Kondition 1514 Mitglieder, gingen auf die Reise 85, wurden krank 15, ausgeheuert 78 (wovon 40 mit 70 Tagen, 35 mit 140 Tagen, 1 mit 210 Tagen und 2 mit 280 Unterstüfungstagen), Unterstüfung entzogen 1, zu einem andern Berufe gingen 6, zu einer militärischen Übung 1, selbständig wurde 1, ins Ausland 1, im Bezuge der Unterstüfung verblieben am Schluß des Monats 1185 Mitglieder, zusammen 2887 Mitglieder, und zwar 2110 Geher, 660 Drucker, 69 Geher, 36 Stereotypen, 9 Galvanoplastiker und 3 Korrektoren. — Die

2887 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 251 (darunter München 136, Nürnberg 33, Würzburg 15), Berlin 783, Dresden 136 (darunter Stadt Dresden 122), Elb-Lothringen 30 (darunter Straßburg 14), Erzgebirge-Bohland 66 (darunter Chemnitz 26), Frankfurt-Heßen 87 (darunter Frankfurt a. M. 54, Kassel 15), Hamburg-Altona 122, Hannover 82 (darunter Stadt Hannover 46, Braunschweig 15), Leipzig 276, Medienberg-Lübeck 19, Mittelrhein 94 (darunter Darmstadt 19, Mainz 16), Nordwest 44 (darunter Bremen 20), Oberrhein 40 (darunter Freiburg i. Br. 22), Oder 94 (darunter Steffin 16), Ostland-Schirringen 57 (darunter Naumburg 15, Erfurt 13), Ostpreußen 13, Polen 14, Rheinland-Westfalen 264 (darunter Köln 38, Düsseldorf 35, Essen 21, Aachen und Dorkmund je 15), Rh der Saale 124 (darunter Magdeburg 29, Wernigerode 16, Halle a. E. 13), Schlesien 113 (darunter Breslau 64), Schleswig-Holstein 25 (darunter Kiel 12), Westpreußen 38 (darunter Danzig 23), Württemberg 115 (darunter Stuttgart 92). Es wurden verausgabt: An 715 Mitglieder für 9554 Tage a 1,50 Mk. = 14331 Mk. und an 2172 Mitglieder für 32653 Tage a 1,75 Mk. = 57142,75 Mk., in Summa 71473,75 Mk. — In Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1913 an 2887 Mitgl. 42207 Tage = 71473,75 Mk.
1912 " 2579 " 33834 " = 57341,50 "

mehr 1913 an 308 Mitgl. 8373 Tage = 14132,25 Mk.

Die Ausgabe von 71473,75 Mk. verteilte sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 7477,25 Mk., Berlin 22174,50 Mk., Dresden 3013,50 Mk., Elb-Lothringen 1264,75 Mk., Erzgebirge-Bohland 1580,75 Mk., Frankfurt-Heßen 2203,50 Mk., Hamburg-Altona 2541,50 Mk., Hannover 2117,50 Mk., Leipzig 6546,75 Mk., Medienberg-Lübeck 497,50 Mk., Mittelrhein 1786,50 Mk., Nordwest 720 Mk., Oberrhein 965 Mk., Oder 2026,75 Mk., Ostland-Schirringen 985,25 Mk., Ostpreußen 205,75 Mk., Polen 287,50 Mk., Rheinland-Westfalen 5733 Mk., Rh der Saale

2674,75 Mk., Schlesien 2234 Mk., Schleswig-Holstein 404,25 Mk., Westpreußen 1037 Mk. und Württemberg 2996,50 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate März:

1913 an 3276 Mitgl. 47090 Tage = 77646,55 Mk.
1912 " 2883 " 37091 " = 61586,70 "

mehr 1913 an 393 Mitgl. 9999 Tage = 16059,85 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (47090) sind daher 1519 Mitglieder (gegen 1196 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat März hindurch in Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Gesamtausgabe im ersten Quartale (Januar bis März):

1913: 251 521,65 Mk. für 151 849 Tage
1912: 211 575,60 " 127 075 "

mehr 1913: 39 946,05 Mk. für 24 774 Tage
(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Verfallenskalender.

Benzheim-Heppenheim. Versammlung heute Sonabend, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Heppenheim, beim Kollegen Jemel.
Dresden. Versammlung Donnerstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Ritzbergstraße 2.
Sagen i. M. Maschinenheberbezirksversammlung Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Aitena, im Lokale des Herrn Joppenfeld, Kirchstraße 28.
Sirefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, in 92 Gieselsdorf.
Potsdam-Neubabelsberg. Maschinenheberversammlung am Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Mühlenpark“, Babelsberger Straße.
Rudolstadt. Versammlung heute Sonabend, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Gambrius“.
Stendal. Versammlung Sonntag, den 24. Mai, im Vereinslokal.
Waldenburg. Versammlung Sonntag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinszimmer der „Gorhauser Bierhalle“.
— Maschinenheberversammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Hotel „Gieselsdorf“.
Wismar. Versammlung heute Sonabend, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

In Magdeburg verkaufe ich meine gutgehende **Mkzidenzdruckerei** zum nachweislichen Materialwerte von 10000 Mk. unter sehr günstigen Bedingungen. Geringe Anzahlung. Offerten unter Nr. 771 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Nach Kiel!
Guter Mkzidenzseher, gleich tüchtig im Entwurf und Satz, für dauernde Stellung gesucht. Angebote mit selbstgefertigten Mustern unter Nr. 773 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Galvanoplastiker
jung, tüchtig im Prägen und Abbednen, sucht per sofort Stellungs-Offerten erbeten an **Karl Rühl**, Braunschweig, Chemnitzstraße 3 L. [776]

Auf Teilzahlung

Spielwaren Wirtschaftsrartikel

liefern die besten Uhren u. Goldwaren, Sprechmaschinen, Geschenkartikel, Musikwerke, Photographen-Apparate, Christbaumschmuck usw.

Jonass & Co., Berlin Kd. 407
Belle-Alliance-Str. 3
Lieferant d. Beamten-Deutsch-Post
Fabrikanten, die einem Auspruch in die Sozialdemokratie klaren und in jedem Fall bevorzugen.

Katalog mit über 4000 Abbild. einzelner Artikel. Über hunderttausend Kunden. Viele tausende Anerkenn.

Jährlicher Versand über 25000 Uhren

Monotypetafeln
Modell C, möglichtst sofort gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Lohnforderung an **Sallberg & Büchling, Leipzig, Säubchenweg 23**. [780]

Maschinenmeister
militärfrei, zum baldigen Antritte gesucht. Ausführliche Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsforderungen an **Karl Flemming, A.-G., Glogau**.

Rheinland-Westfalen
Verbandstag des Gesamtverbandes rheinisch-westfälischer Stenographen (System Gabelberger) am 31. Mai, 1. und 2. Juni zu Münster in Westf.
Die Mitglieder der Buchdruckersteno-graphenvereine von Rheinland-Westfalen sowie alle einzelstehenden Mitglieder der Vereinigung stenographisch-buchdrucker werden zu dieser Tagung herzlich eingeladen. — Die Sonderprüfung stenographisch-buchdrucker muß infolge des am Sonntagmorgen in den höheren Abteilungen beginnenden Westfälens bereits am Sonntagabend, abends 8 1/2 Uhr, in der „Union“, Krümme Straße, stattfinden. Diejenigen Kollegen, die nicht in den Abteilungen über 200 Seiten in der Minute schreiben, veranlassen sich am Sonntagmorgen 9 Uhr im Restaurant Wackendroch, Mgidillstraße, von wo aus ein Auszug durch die Stadt unter Führung unserer Münsterischen Stenofreunde angetreten wird. — Jede nähere Auskunft über den Verbandstag erteilt gern Kollege **R. Kuchs**, S a m m (Westf.), Feldstr. 64.
Das Komitee: **A. Wemper, Dortmund; M. Kleinherne, Münster; M. Wiegelmänn, Essen; R. Kuchs, Hamm**.

Hervorragendes Bücher-Angebot
Nur 5 Mark monatliche Abzahlungen bei vollständiger franko Lieferung aller Werke.
Schloßers Weltgeschichte 20 Bände in 10 hochgelegenen Leinwandbänden gebunden nur 50 Mark.
Brodhaus' kleines Konversations-Lexikon in 2 vortrefflichen Halblederbänden gebunden nur 24 Mark.
Neues Wilhelm-Buch-Album in 1 hochgelegenen Leinwandband gebunden nur 20 Mark.
Klassikerbibliothek in 24 eleganten roten Ganzleinenbänden gebunden, enthaltend die Werke von Schiller, Goethe, Lessing, Körner, Hauff, Lenau, Kleist, Uhland, Schopenhauer, Heine, nur 40 Mark.
Alle obigen Werke zusammen für 134 Mark gegen monatl. Abzahlungen von nur 5 Mark.

Offo & Ko., Klassiker-Verlag, Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 68.

Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe v. G. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission in München 2 SO. 2. Auflage, 2,60 Mk. auf Postfachkonto 910 oder Nachnahme. [542]

Nach langer Krankheit verschied am 10. Mai unser lieber Kollege, der Metzger **Paul Baumgarten** im Alter von 41 Jahren. Als langjähriger Vertrauensmann ist er jederzeit für die Interessen seiner Kollegen gern eingetreten. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Mitgliedschaft **Pöschappel-Deuben**.

Unter Mitglied, der Geher [775] **Edmund Gremski** ist hier plötzlich im Alter von 19 Jahren verstorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Der Ortsverein **Posen**.

Schönecker Stahlbrunnen
(unter ständiger wissenschaftlicher Kontrolle des Prof. Dr. med. Klonka, Vorkseher des pharmakologischen Instituts der Universität Genoa), ein vorzügliches natürliches Heilmittel gegen Blutmangel, Bleichsucht, Herzkrankheiten, Zirkulationsstörungen, Magenbeschwerden, Frauenkrankheiten, nervöse Zustände, für Anreicherung und Aufreicherung des Blutes, Stärkung des Wohlbefindens, Anregung zur Nahrungsaufnahme, Förderung der Magen- und Darmtätigkeit, Stärkung nach überstand. Operationen, Blutverlusten, Wochenbetten, Influenza usw. — Ausführl. Mittell. über Bezug des Brunnens d. Schönecker Stahlbrunnen, Boppard a. Rh. 54.

Technikum für Buchdrucker
Beste technische, kunstgewerbliche und sachkaufmännliche Ausbildung. Vorbereitung für die Meisterprüfung, Vorträge, Besuche von Museen und Fabriken. Unterricht im Setzmaschinenbau und Journalismus. Dauer der Kurse ein Jahr. Tätigkeitsberichte usw. durch die Geschäftsstelle: Leipzig-K., Senefelderstraße 13-17

Sür all die große Liebe und Verehrung, welche mir anlässlich meiner 40jährigen Verbandzugehörigkeit von diesen und auswärtigen Kollegen und Freunden zu Teil geworden, sage ich meinen tiefgefühltesten Dank! [778]

Kassel, 14. Mai 1913.
Charhart Müller.

Die Tonplatten-Gravüre
Ist ein wesentliches Hilfsmittel des modernen Abzellers geworden! Das Gravieren ist spielend leicht und mit absoluter Sicherheit auszuführen in **Märsers Reform-Tonplatten!**
Alle hierzu erforderlichen Utensilien, Stempel und Platten etc. enthält die **Tonplatten-Einrichtung B zu H. 15**. — Porto und Verpackung **hi. l.** — beforder! Proben und Prospekt verlangen an Interessenten kostenlos den Verlag **Julius Mäser & Co. Leipzig-R.**

Die „Freie Fachschule für das graphische Gewerbe“ in Berlin-Neudöhlen, Spremberger Straße 11, erteilt brieflichen Unterricht zur [541]

Vorbereitung auf die Meisterprüfung sowie in **Kalkulation und Papierkunde. Halbjahrskurse** (Abendkurse) zur Ausbildung als Kontor- und Betriebsleiter finden regelmäßig daleitoff statt.

Adressen für Zusendungen an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsteller“:
für Metall, Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen: **Willi Krabl;**
„Rundschau, Volkswirtschaft und Altersliches“: **C. Schaeffer;**
„Korrespondenz, Ausland und Gewerkschaftswesen“: **Karl Schmalholz;**
„Verbandsnachrichten, literarische, Offerten, Postanweisungen“: **Georg Böhlisch;**
für den Bereich Leipzig, Salomonstr. 8. (Fernspr. 14111.)
Straße und Hausnummer sind stets anzugeben!